



# Wissenschafts- notizen

# 20

Januar 2003



**Investitionen in Bildung und Forschung:  
Weichenstellungen für die Zukunft**  
Edelgard Bulmahn



**Forschungsoffensive Ost**  
Gespräch mit Christoph Matschie

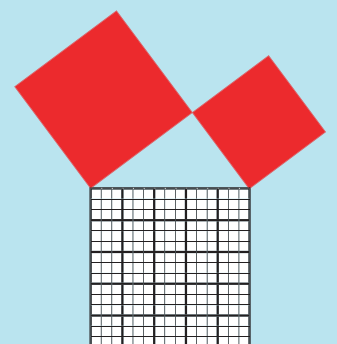


**Zukunftsoffensive  
Wissenschaft und Forschung**  
Interview mit Prof. Dr. Miriam Meckel



**Projekt: Nachwuchsförderung**  
Die Graduate School of Social  
Research der Universität Bremen

Wissenschaftsforum  
der Sozialdemokratie



<b>■ Editorial</b>	3
<b>■ Zukunftsinvestition Bildung und Forschung</b>	
<i>Edelgard Bulmahn</i> Investitionen in Bildung und Forschung: Weichenstellungen für die Zukunft	4
Forschungsoffensive Ost Gespräch zwischen <i>Christoph Matschie</i> und <i>Jessika Wischmeier</i>	7
<i>Dr. Wolfgang Domröse</i> Hochschulpolitische Reformprojekte in Niedersachsen: Eine Bilanz mit kurzem Ausblick	9
Offensive für Wissenschaft und Forschung Interview mit <i>Prof. Dr. Miriam Meckel</i>	10
<b>■ Projekt: Nachwuchsförderung</b>	
Die Graduate School of Social Sciences	12
<b>■ Nachhaltigkeit und Mobilität: Neues Forum gegründet</b>	13
<b>■ Aus den Regionen</b>	
<b>Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern</b> Aufbau in Ostdeutschland: der Beitrag von Wissenschaft und Forschung	15
<b>Hamburg</b> Wissenschaftsforum Hamburg als Verein gegründet	16
<b>Bremen und Nordwest-Region</b> Empfehlungen zur Hochschulgesetzgebung in Bremen	16
<b>Hannover</b> Ein arbeits- und erfolgreiches Jahr 2002: Wissenschaftsforum Hannover hält Rückschau	17
<b>Hessen</b> Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Hessen e.V. Erfahrungsbericht der ersten zwei Jahre	18
<b>Pfalz</b> Rückblick auf ein arbeitsreiches Jahr – Strategien für eine zukunftsfähige Forschungspolitik	19
<b>Nordrhein-Westfalen</b> Turbulente Wochen...	19
<b>Saarland</b> Das WissenschaftsForumSaar als Ideengeber für das saarländische Wissenschafts- und Hochschulsystem	20
<b>Sachsen und Sachsen-Anhalt</b> Belebung des wissenschaftlichen Diskurs	21
<b>■ Diskussion</b>	
<i>Dr. Volker Stoeven</i> Herausforderungen und Perspektiven des deutschen Bildungssystems – notwendige Ergänzungen zum Beitrag von Klaus Klemm	22

**Wissenschaftsnotizen**

*Herausgeber*  
SPD-Parteivorstand  
Wissenschaftsforum der  
Sozialdemokratie

*Redaktion*  
Jessika Wischmeier

*Redaktionsanschrift*  
Wissenschaftsforum  
der Sozialdemokratie  
Willy-Brandt-Haus  
10911 Berlin  
Tel.: 030/2 5991-255 / -552  
Fax: 030/2 5991-295

*Internet*  
<http://www.forscher.de>  
<http://www.spd.de>

*E-Mail*  
[wissenschaftsforum@spd.de](mailto:wissenschaftsforum@spd.de)

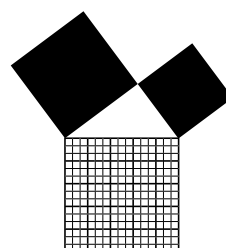
Die redaktionelle Verantwortung  
dieser »Notizen« liegt  
beim Wissenschaftsforum.

Heft 20, Januar 2003

ISSN 0940-323X

*Fotos*  
privat

*Herstellung*  
Klaus Böhm, Satzart  
Oktoberdruck  
beide Berlin



## ■ Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser

Sie halten die erste Ausgabe der Wissenschaftsnotizen nach der Bundestagswahl am 22. September 2003 in der Hand. Seither ist viel passiert. Rot-Grün hat sich auf gemeinsame Leitprojekte für die Arbeit der kommenden vier Jahre verständigt. In der Koalitionsvereinbarung haben wir festgehalten, dass wir den Weg der vergangenen vier Jahre konsequent fortsetzen wollen. Wir werden weiter daran arbeiten, den Haushalt zu konsolidieren, aber dabei in Zukunftsprojekte zu investieren und die begonnenen Strukturreformen weiterführen. Die weltweite Konjunkturerwicklung, die anhaltend schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt und die notwendige Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme stellen Herausforderungen dar, die in der Tat groß sind. Dennoch halten wir Kurs: die Mittel für Bildung und Forschung sind seit 1998 um mehr als 25 % gestiegen. Insgesamt stehen 2003 für Bildung und Forschung 9,1 Mrd. € zur Verfügung. Allerdings können wir nicht wie bisher an jeder Stelle hohe Zuwächse zusichern. Deshalb gibt es zum Beispiel bei der institutionellen Förderung dieses Jahr eine Nullrunde – keine Kürzung, wie manche behaupten. Das halte ich nach den Steigerungen der letzten Jahre für vertretbar. Denn wir müssen auch die Forschungsförderung im Osten Deutschlands ausbauen. Und auch bei BAföG, Meister-BAföG oder der Nachwuchsförderung kann und will ich nicht kürzen.

Mehr zu den Arbeitsvorhaben der Bundesregierung für den Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung finden Sie in diesem Heft.

Außerdem wollen wir Ihnen in lockerer Folge sozialdemokratische Forschungs-

und Wissenschaftspolitik aus den Bundesländern vorstellen. Die von uns auf den Weg gebrachten Strukturreformen leben schließlich davon, dass sie in den Ländern umgesetzt werden. Niedersachsen geht hier mit gutem Beispiel voran. In Hessen wird die Umsetzung unserer Reformprojekte, Stichwort Ganztagschulen, Stichwort Dienstrechtsreform ganz wesentlich davon abhängen, ob es den Sozialdemokraten gelingt, die Regierung Koch abzulösen.

Ebenfalls in lockerer Folge wollen wir Ihnen zukünftig Projekte zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland vorstellen. Wir starten in diesem Heft mit der Graduate School of Social Sciences in Bremen.

Der im letzten Heft abgedruckte Artikel zu den Herausforderungen und Perspektiven zur Zukunft des Deutschen Bildungssystems von Klaus Klemm hat eine Antwort hervorgerufen. Da wir die Arbeit im Wissenschaftsforum immer auch diskursorientiert verstehen, finden Sie diese Antwort in dem jetzt vorliegenden Heft.

Wir haben in Deutschland viele engagierte und motivierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die eigene Ideen und Lösungsansätze entwickeln. Ich möchte auch diese auffordern, sich aktiv in die Diskussion um nachhaltige und damit zukunftsfähige Lösungen für diese Gesellschaft einzumischen. Ich denke, dass Wissenschaftsforum ist hierfür ein guter Ort.

Ab dem 1.1.2003 hat das Wissenschaftsforum einen neuen Internetauftritt, immer noch unter der vertrauten Adresse [www.forscher.de](http://www.forscher.de). Wir wollen die Seiten



des Wissenschaftsforums in Zukunft stärker nutzen. In der nächsten Ausgabe der Wissenschaftsnotizen werden wir Ihnen das Konzept noch einmal ausführlicher vorstellen. Ideen und Kommentare zu den neuen Seiten und zu ihrer Weiterentwicklung sind herzlich willkommen.

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass das Wissenschaftsforum nach dem Weggang von Frank Vogelsang an die Evangelische Akademie in Mühlheim mit Jessika Wischmeier eine neue Geschäftsführerin hat. Ich möchte Frank Vogelsang an dieser Stelle herzlich für seine Arbeit als Geschäftsführer danken. Er hat mit seiner Arbeit einen ganz wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass wir inzwischen eine flächendeckende Präsenz von regionalen Foren vermelden können. Jessika Wischmeier, vorher als Leiterin der Parteischule wesentlich an der Neustrukturierung der Bildungsarbeit des SPD Parteivorstandes beteiligt, wird nun die Arbeit von Frank Vogelsang fortsetzen.

#### **Edelgard Bulmahn**

Vorsitzende des Kuratoriums des Wissenschaftsforums, Bundesministerin für Bildung und Forschung

# ■ Zukunftsinvestition Bildung und Forschung

Die aktuelle Debatte macht deutlich, dass wir in Deutschland eine klare Zukunftsvorstellung brauchen. Bildung, Wissenschaft und Forschung spielen bei der Entwicklung und Umsetzung

dieser Vorstellungen eine zentrale Rolle. Die Bundesregierung stellt gerade die Weichen Richtung Zukunft: Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen. Edelgard Bulmahn stellt die Vor-

haben der Bundesregierung vor, Christoph Matschie konkretisiert zur Zukunftsoffensive Ost.

## ■ Investitionen in Bildung und Forschung: Weichenstellungen für die Zukunft

**Edelgard Bulmahn**

Die sozialdemokratisch-geführte Bundesregierung hat seit 1998 die Rahmenbedingungen für Bildung und Forschung nachhaltig verbessert. Seit 1998 stiegen die Mittel für Bildung und Forschung um mehr als 25 Prozent. Wir haben damit in der letzten Legislaturperiode rund 3,1 Mrd. € mehr in Bildung und Forschung investiert, als die Vorgängerregierung. Insgesamt stehen 2003 für Bildung und Forschung 9,1 Mrd. € zur Verfügung, so viel wie nie zuvor. Daher können wir mit einigem Selbstbewusstsein sagen: die Bundesregierung zeigt, dass sie Bildung und Forschung als Innovationsmotoren für unsere Gesellschaft versteht. Unsere Politik ist zukunftsfähig: Wir halten am Ziel der Haushaltskonsolidierung fest, machen uns an die erforderlichen Strukturreformen und investieren in den Bereichen, die Perspektiven für die Zukunft schaffen.

Wir investieren damit in die Menschen unserer Gesellschaft. Ihre Potenziale wollen wir freisetzen, um Ausbildung und Beschäftigung zu sichern, Chancengleichheit zu verwirklichen und die Internationalisierung von Bildung und Forschung voranzutreiben.

Drei zentrale Handlungsfelder liegen vor uns:

- Bildungspolitik ist wieder ins Zentrum der politischen Diskussion und des Handelns gerückt. Wir brauchen in Deutschland die besten Bildungschancen für unsere Kinder. Eine gute Bildung und Ausbildung der Menschen ist für unser Land so wichtig wie die Luft zum Atmen. Wir wollen deshalb in zehn Jahren international wieder unter den fünf Spitzennationen bei der Qualität des Bildungswesens sein.
- Die Bundesregierung wird den Ländern dazu einen „Pakt für die Hochschulen“ anbieten. Kernpunkte dabei sind die Verbesserung der Qualität des Studiums, mehr Transparenz durch ein umfassen-

des Hochschul-Ranking, die Einführung eines gestuften Systems von Studienabschlüssen, eine strukturierte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und eine stärkere internationale Ausrichtung unserer Hochschulen. Und: wir investieren weiter in unseren wissenschaftlichen Nachwuchs. Wir wollen, dass auch die nachfolgenden Wissenschaftlergenerationen aus Deutschland führend bei der Lösung unserer Zukunftsfragen sind.

- Wir investieren in nachhaltig angelegte Forschung, damit das Leben auf unserem Planeten auch für kommenden Generationen lebenswert bleibt. Wir wollen, dass Forschung für den Menschen stattfindet. Wir wissen, dass Forschung Zukunftsmärkte eröffnet und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft.

### 1 Die bestmögliche Bildung für alle Menschen in unserem Land gewährleisten

Alle vorliegenden Studien zeigen eines deutlich: Trotz der guten Ausgangslage durch die Bildungsreformen der 70er Jahre sieht die Bilanz unseres Bildungssystems heute schlecht aus. In keinem anderen Land hängen die Chancen der Kinder so stark von ihrer sozialen Herkunft wie bei uns ab. Das hat die jüngste internationale Studie der OECD zum Bildungssystem noch einmal deutlich gemacht. Als in Deutschland über den Gegensatz von Chancengleichheit und Leistung diskutiert wurde, haben sich andere Staaten auf den Weg gemacht, diesen Widerspruch aufzulösen. Heute wissen wir, die erfolgreichsten Bildungssysteme realisieren beide Ziele.

Bund und Länder müssen nun in einem gemeinsamen Kraftakt ihre Hausaufgaben machen.

- Wir wollen dabei den Wettbewerb um die beste Lösung. Dieser Wettbewerb soll

aber auf der Basis gemeinsamer Bildungsstandards und -ziele stattfinden.

- Wir wollen eine Bildungslandschaft, die dazu führt, dass unsere Kinder so früh wie möglich ausreichend gefördert werden, damit sie an dieser Gesellschaft teilhaben können.

Die Bundesregierung wird ihren Teil dazu beitragen ein modernes und zukunftsfähiges Bildungssystem zu schaffen, das auch im internationalen Vergleich stand hält.

### Investition in Bildung und Betreuung

Ganztagsschulen werden eine zentrale Rolle bei der Verbesserung unseres Bildungssystems spielen. Der Bund stellt deshalb für den Aus- und Aufbau von zusätzlich 10.000 Ganztagschulen im Zeitraum von 2003- 2007 vier Mrd. Euro zur Verfügung. Deutschland liegt bei den Bildungsausgaben im internationalen Vergleich des Jahres 1999 mit 5,6% des Bruttoinlandsprodukts leicht über dem OECD-Durchschnitt (5,5 Prozent) (vgl. OECD: Bildung auf einen Blick 2002). Auffallend wenig Mittel werden dabei aber in den ersten Klassen bis zum 10. Schuljahr aufgewandt. Dies soll jetzt mit den Ganztagschulen anders werden. Fördern und Fordern ist das Prinzip, das wir als Überschrift für eine andere Schule, für einen anderen Unterricht gesetzt haben. Wir wollen Schulen mit einem neuen pädagogischen Konzept, in denen die Fähigkeiten des Einzelnen im Mittelpunkt stehen. Dabei geht es um weit mehr als um ein warmes Mittagessen und betreutes Spielen am Nachmittag. Es geht nicht darum, dass der Staat den Eltern ihre Erziehungsaufgabe abnimmt. Es geht um ein hochwertiges Bildungsangebot. Und es geht übrigens auch um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

### Nationale Bildungsstandards

Mehr Eigenverantwortung der Schulen für die Qualität des Unterrichts kann ein Erfolgsrezept für bessere Qualität werden. Voraussetzung ist aber die Verständigung auf gemeinsame Bildungs- und Erziehungsziele und Leistungsstandards für die Schülerinnen und Schüler. Bund und

Länder sind sich im übrigen einig, dass bundesweite vergleichbare Bildungsstandards entwickelt und eingeführt werden (vgl. gemeinsame PE KMK und BMBF v. 29.10.2002). Jetzt muss schnellstmöglich eine Verständigung über diese Standards erfolgen. Diese Verständigung wird aber mit uns nicht auf dem niedrigsten gemeinsamen Nenner oder gar als Beschreibung von Selektionskriterien stattfinden, es geht auch nicht um eingedampfte Lehrpläne. Wir verstehen Bildungsstandards als evaluierbare Bildungsziele, deren Einhaltung regelmäßig von einer unabhängigen Evaluationseinrichtung, wie es sie in den erfolgreichen PISA-Staaten bereits gibt, überprüft werden.

### Nationale Bildungsberichterstattung

Wenn wir den nächsten PISA-Schock vermeiden wollen, brauchen wir eine regelmäßige nationale Bildungsberichterstattung. Diese soll von einem Gremium unabhängiger Expertinnen und Experten, dem Rat der Bildungsweisen, erstellt werden. Eine solche regelmäßig erfolgende Bildungsberichterstattung erlaubt uns schneller dort nachzusteuern, wo schlechte Ergebnisse festgestellt werden oder wo aufgrund neuer Entwicklungen neuer Handlungsbedarf entsteht.

### Deutschlands Stärke bis heute: berufliche Bildung

Eine moderne Berufsausbildung bleibt ein Kernstück unserer Politik. Sie ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und zu gesellschaftlicher Anerkennung. Auch in Zukunft gilt: „Jeder junge Mensch, der kann und will, wird ausgebildet.“ Die Wirtschaft trägt dabei eine besondere Verantwortung. Schon in wenigen Jahren werden nicht die Ausbildungsplätze, sondern die Bewerber für die vorhandenen Stellen knapp sein. Wer heute nicht ausbildet, sagt sich deshalb den Ast ab, auf dem er morgen sitzen will. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben zusammen mit den Sozialpartnern Berufsbilder modernisiert, neue Berufe geschaffen und wir stellen auch im Haushalt 2003 erhebliche Mittel bereit, um Jugendliche in Ausbildung zu bringen. Und wir bleiben dran. In einer Qualitätsoffensive in der beruflichen Weiterbildung werden wir die duale Ausbildung weiter stärken, mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen schaffen und die Berufsbildung weiter internationalisieren. Dabei geht es zum einen um eine bessere Verknüpfung zwischen der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Wir werden zum anderen einen Weg schaffen, um Jugend-

lichen mit schlechteren Startchancen einen Weg in den Arbeitsmarkt zu eröffnen. Die Verzahnung von Ausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung in einem neuen System von Qualifizierungsbausteinen bietet die Chance, diesen Jugendlichen schon in der Ausbildungsvorbereitung Teilqualifikationen auszubilden, um diese auf die spätere Ausbildung anrechnen zu können. Das Ziel bleibt, über diese Bausteine am Ende zu einer vollwertigen Berufsausbildung zu kommen.

## 2 Hochschulen als Innovationswerkstätten

Deutschland als exportorientiertes Hightech-Land braucht nicht nur gut ausgebildete Fachkräfte, sondern auch mehr und gut ausgebildete Hochschulabsolventen.

Es ist uns gelungen seit 1998 die Quote der Studienanfänger von 27,7% auf 35,6% zu steigern. Die große BAföG-Reform, die im Frühjahr 2000 in Kraft getreten ist, hat die Rahmenbedingungen für Studierende deutlich verbessert. Erfreulich ist insbesondere die wachsende Studienneigung von Frauen. Im Jahr 2002 hat der Frauenanteil an den Studienanfängern bei 50,4% gelegen. Dies zeigt insgesamt: wir kommen unserem Ziel, die Zahl der Studienanfänger auf den OECD-Schnitt zu steigern, näher. Aber wir sind noch lange nicht angekommen.

### Pakt für die Hochschulen

Junge Menschen erwarten zu Recht, dass sie in unseren Hochschulen auf hohem Niveau schnell, praxisorientiert und international ausgebildet werden. Umfassende Rankings sollen in Zukunft das Studienangebot transparenter machen. Wir dürfen auch nicht die Augen davor verschließen, dass heute rund ein Drittel aller Studierenden das Studium abbricht und viele Studierende den Abschluss in der Regelstudienzeit nicht schaffen. Wir müssen gemeinsam für mehr Qualität in Lehre und Forschung sorgen. Wir brauchen eine bessere Betreuung und Beratung der Studierenden. Und wir brauchen Studienbedingungen, die zu besseren Leistungen motivieren. Ohne den gemeinsamen Willen zur Veränderung ist das nicht zu schaffen!

Die Bundesregierung wird deshalb den Ländern einen „Pakt für die Hochschulen“ anbieten. Kernpunkte dabei sind die Verbesserung der Qualität des Studiums, die Einführung eines gestuften Systems von Studienabschlüssen, eine geschlossene Nachwuchsförderung „aus einem Guss“ und eine stärkere inter-

ationale Ausrichtung unserer Hochschulen. Damit entsprechen wir nicht nur den Erwartungen der Studierenden und der



Wirtschaft, sondern erleichtern zugleich die internationale Einbindung unseres Hochschulsystems.

### Hochschulen International

Die Qualität und ein hohes internationales Niveau des Hochschulsystems sind für die Sicherung unserer Zukunft von zentraler Bedeutung. Sie sichern die Leistungsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften und deren langfristige Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Kontext. Die Einführung von Bachelor und Masterstudiengängen ist auch aus dieser Perspektive ein wichtiger Beitrag. Ziel ist die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandortes Deutschland unter bewusster Beibehaltung und Stärkung seiner tragenden Qualitätsprinzipien. Deshalb werden wir bei den jetzt laufenden GATS-Verhandlungen darauf achten, dass die Struktur des öffentlich finanzierten Hochschulwesens in Deutschland im Grundsatz weiterbestehen kann und dass die Einhaltung von Qualitätsstandards auch bei privaten Anbietern verpflichtend festgelegt werden kann. Bildung ist schließlich keine ausschließlich dem freien Markt zu überlassende Dienstleistung, sie steuert die Zugänge von Menschen zu unserer Gesellschaft und muss damit Qualitätskriterien genügen und für alle zugänglich bleiben.

## 3 Forschung für Innovation und Arbeit

Wissenschaft, Forschung und Entwicklung haben heute in Deutschland wieder Weltruf. Diese Position heißt es zu sichern und ausbauen. Seit der Staat wieder gezielt in Forschung und Entwicklung investiert, steigen auch die privaten Ausgaben in diesem Bereich. Deutschland verfügt mittlerweile wieder in Europa über die höchste Dichte innovativer Unternehmen.

Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft heißt aber auch, die damit

übernommene Verantwortung ernst zu nehmen. Forschung als reiner Selbstzweck, Festhalten an Traditionen, die ihre Funktion verloren haben, können wir uns nicht leisten. Vor uns liegen gewaltige Herausforderungen, diese müssen gelöst werden.

### 3.1 Forschungsförderung ist auch Wirtschaftsförderung

*Beispiel: Zukunftsmotor Mittelstand*

Kleine und mittlere Unternehmen sind unverzichtbar für die Schaffung von zukunftssicherer Arbeitsplätze und Innovationen in Deutschland. Sie haben in-



zwischen eine Schlüsselrolle für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland eingenommen. Sie tragen maßgeblich zur beruflichen Ausbildung der jungen Menschen in unserem Land bei.

Gerade in den hochinnovativen Zukunftsbranchen kann die Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Durch ihre Flexibilität und ihre Nähe zur akademischen Forschung sind sie oft produktive Ideenschmieden für neue Verfahren und Produkte. Wir werden deshalb die Innovationsförderung für KMU weiter konsequent ausbauen.

Dies gilt vor allem für den Bereich der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Beispielhaft haben wir die Zugänge zur Innovationsforschung für KMU geöffnet. Wir haben das Antragsverfahren erleichtert und die Programme stärker auf KMU-orientierte Themen konzentriert. Einen weiteren wichtigen Beitrag in diesem Feld leistet die Vereinfachung der Unternehmensgründung aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus.

*Beispiel: Wachstumschance Zukunftstechnologien*

Die wesentlichen Impulse für wirtschaftliches Wachstum und neue Technologien gehen von einer begrenzten Anzahl von Zukunftstechnologien aus. Wir werden deshalb die Forschungsförderung gerade dort konzentrieren, wo die größte Veränderungsdynamik zu erwarten ist. Wir erschließen neue Wachstumfelder durch die gezielte Förderung von Bio- und Nanotechnologie. Wir fördern den Ausbau bestehender Märkte in der Mikrosystemtechnik, in den optischen Technologien und in der Materialforschung.

Und wir stärken die Informations- und Kommunikationstechnologien, denn sie sind Wachstumsmotoren für viele andere Branchen.

*Beispiel: Forschungsförderung in den Neuen Ländern*

Forschungsförderung ist gerade in den neuen Ländern Wirtschaftsförderung. Sie legt die Basis für neue Arbeitsplätze. Die Bundesregierung hat dort den Bereich Bildung und Forschung jährlich mit 1,8 Milliarden Euro gefördert. In diesem Jahr stellte das BMBF für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die von kleinen und mittleren Unternehmen gemeinsam mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen der jeweiligen Region realisiert werden, rund 65 Millionen Euro zur Verfügung. Bisher entfallen allerdings nur sechs Prozent der Aufwendungen der deutschen Wirtschaft in Forschung und Entwicklung auf Ostdeutschland. Von den Bundesausgaben für Forschung und Entwicklung fließen dagegen 18 Prozent in die neuen Länder. Der Osten Deutschlands gewinnt in der anwendungsorientierten Forschung zunehmend

eine Vorreiterrolle. Denn gerade in den neuen Ländern gibt es zahlreiche flexible und gut ausgebildete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die neue Wege gehen und hervorragende Arbeit leisten. So hat sich z.B. im Kontext des Programms InnoRegio eine sehr gute Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen, Universitäten und der Wirtschaft entwickelt.

### 3.2 Forschung für den Menschen

Forschungsergebnisse müssen den Menschen und der Gesellschaft zugute kommen. Der Kampf gegen weit verbreitete Volkskrankheiten und die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt haben dabei höchste Priorität. Deutschland nimmt bereits heute bei der Aufklärung der genetischen Ursachen weit verbreiteter Volkskrankheiten einen Spitzenplatz ein. Damit neue Forschungsergebnisse künftig noch schneller den Weg in die Arztpraxen und zu den Patienten finden, legen wir besonderes Gewicht auf die enge Verzahnung von Grundlagenforschung und klinischer Forschung. Mit einem Gesamtkonzept „Lebenswissenschaften“ werden wir in den nächsten Jahren die Forschung im Bereich Gesundheitsvorsorge stärken und die Entwicklung neuartiger Arzneimittel und Therapieansätze vorantreiben. „Maßgeschneiderte Therapien“ für den einzelnen Patienten versprechen hier einen Qualitätssprung in der medizinischen Versorgung.

Wir werden in diesem Prozess aber auch auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte des Individuums achten und deshalb in dieser Legislaturperiode ein Gentestgesetz auf den Weg bringen. Dies schließt das Recht auf Nichtwissen und klare Grenzen für die Weitergabe genetischer Daten an Dritte ein.

Wissen und Auseinandersetzung mit Wissen werden zum zentralen Faktor des neuen Jahrtausends. Die Wissenschaft trägt auf dem Weg in die Wissensgesellschaft eine besondere Verantwortung, diesen Stellenwert von Wissen in der Gesellschaft deutlich zu machen. Wir wollen an der Stärkung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit weiterarbeiten. Wenn der einzelne Sinn und Zweck von Forschung und die Verantwortungsbereitschaft der Wissenschaftler erkennen kann, wird er vorurteilsfrei Chancen und Risiken diskutieren können. Wir werden uns aus diesem Grund auch weiterhin in Rahmen der von uns initiierten Initiative „Wissenschaft im Dialog“ engagieren. Mit Spannung blicken wir dabei auf das 2003 geplante „Jahr der Chemie“.

## ■ Forschungsoffensive Ost

**Interview mit Christoph Matschie,  
Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Forschung**

Die Wissenschaftsnotizen führten am 4. Dezember 2002 ein Gespräch mit Christoph Matschie über seine persönlichen Ziele und Schwerpunkte. Von besonderem Interesse dabei war natürlich die Forschungsoffensive Ost.

Das Gespräch mit Christoph Matschie führte Jessika Wischmeier, die neue Geschäftsführerin des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie.

*Christoph Matschie, seit dem 22.10.2002 sind Sie Parlamentarischer Staatssekretär. Wie würden Sie Ihre Aufgabe nach den ersten Wochen beschreiben.*

Ich bin sozusagen das Scharnier zwischen Ministerium und Parlament. Das heißt Ansprechpartner für die Abgeordneten, für den Ausschuss Bildung und Forschung und natürlich insbesondere auch für die Koalitionsfraktionen.

*Die Ministerin hat bei Ihrer Einführung erklärt, sie schätze an Ihnen Ihre zupackende Art, was meint sie damit?*

Edelgard Bulmahn und ich kennen uns aus langen Jahren gemeinsamer Arbeit im Bundestag. Sie hat auch mitverfolgt, wie ich vor drei Jahren in einer äußerst schwierigen Situation den Vorsitz der Thüringer SPD übernommen habe. Sie weiß, ich ziehe mich nicht zurück, wenn es schwierig wird.

*Was wollen Sie mit Ihrer Arbeit erreichen?*

Ein Ziel unserer Regierungsarbeit ist es, die deutsche und europäische Forschung in die Lage zu versetzen in wesentlichen Feldern international den Takt zu bestimmen.

Dazu will ich meinen Beitrag leisten. Besonders wichtig ist mir dabei, solche Bereiche voranzubringen, die unmittelbar drängende Probleme lösen helfen, zum Beispiel in der Umwelt- oder Gesundheitsforschung.

*Forschungsoffensive Ost, welche Philosophie steckt dahinter?*

Nur aus einer leistungsfähigen Forschung kann letztlich eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung wachsen. Deshalb müssen wir die Forschungszentren in den neuen Ländern weiter stärken und Forschung und Wirtschaft noch besser miteinander vernetzen.

*Kann denn Forschungsförderung direkten Einfluss auf das Entstehen von Arbeitsplätzen nehmen?*

Forschungsförderung kann die Bedingungen dafür verbessern, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen. Wir wissen, dass Unternehmen im Durchschnitt auf jeden Euro, den sie als Forschungsförderung erhalten, einen Euro an eigenen FuE-Investitionen dazulegen. Forschungsförderung

tungen in die Wirtschaft. Dieser Wissenstransfer ist für ostdeutsche Unternehmen besonders wichtig, weil sie im Schnitt erheblich kleiner sind als westdeutsche. Großkonzerne haben Forschungsabteilungen, die einerseits selbst forschen und neue Produkte entwickeln und andererseits die aktuellen Forschungsergebnisse auf dem Markt kennen und beobachten. Kleine Unternehmen ohne Forschungs-

Christoph Matschie, 41 aus Thüringen ist seit dem 22.10.2002 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Christoph Matschie will die Entwicklung der ostdeutschen Forschungslandschaft vorantreiben und sich im BMBF für die Stärkung der Umwelt- und Energieforschung einsetzen. Matschie ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und im Vorstand der SPD-Fraktion und war zuletzt Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Der am 15. Juli 1961 in Mühlhausen Geborene besuchte die Polytechnische Oberschule und machte seine Berufsausbildung mit Abitur als Mechaniker. Später absolvierte er ein Theologiestudium in Rostock und Jena, das er als Diplomtheologe abschloss. Im Oktober 1989 trat er in die SDP, später SPD ein. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. In seiner Freizeit genießt er das Bergsteigen und ist leidenschaftlicher Motorradfahrer.



mobilisiert also in erheblichem Umfang Zukunftsinvestitionen in der Wirtschaft. Wir wissen auch, dass Unternehmen und Branchen, die überdurchschnittlich viel in Forschung und Entwicklung investieren, weit überdurchschnittliche Ergebnisse beim Unternehmenswachstum und in ihren Arbeitsplatzbilanzen erzielen. Ob diese Erfolge im einzelnen Unternehmen tatsächlich realisiert werden, hängt von der Qualität des Unternehmens und seines Innovationsmanagements ab. Forschung und Entwicklung ist dabei nur ein Faktor, wenn auch ein wichtiger. Entscheidend ist immer die Orientierung am Markt und seinen Entwicklungen.

*Also reden wir hier im Prinzip über Steigerung der Innovationsfähigkeit Ostdeutschlands in der Hoffnung, dass Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen. Dieser Prozess läuft ja bereits, gibt es denn Beispiele, die diese Hoffnung bestätigen?*

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert Ostdeutschland mit speziell auf die Bedürfnisse angepassten Projekten. Mit InnoRegio zum Beispiel verbessern wir den Wissenstransfer von Hochschulen und Forschungseinrich-

teilungen sind bei der Produktentwicklung häufig auf intensive Kontakte mit den Hochschulen angewiesen. Deshalb unterstützen wir durch verschiedene Ansätze die Kooperation zwischen Universitäten und den – im wesentlichen kleinen und mittleren – Unternehmen in den Neuen Ländern. Viele der Unternehmen haben bereits von den innovativen Netzwerken profitiert und über das Angebot von Praktikumsplätzen oder Diplomarbeiten neue MitarbeiterInnen und aktuelles Know-How gewonnen. Andernorts konnte die Zahl der Ausbildungs- und Arbeitsplätze erhöht werden. In mehreren Fällen haben uns Unternehmen, die an diesen Netzwerken beteiligt sind, gesagt: Diesen großen Auftrag haben wir nur bekommen, weil wir als Verbund auftraten!

*Die Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern macht also in besonderer Weise Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen notwendig. Worauf kommt es bei den Kooperationen vor allem an?*

Früher war es oft so, dass Forschungsinstitute wenig Kontakt zur lokalen Wirtschaft hatten, und dass kleine innovative

Unternehmen, die auf sich selbst gestellt waren, keine kritische Masse für ihre Entwicklungen erreicht haben. Beides ändern wir nachhaltig, indem wir Unternehmen, öffentliche Forschung, Bildungseinrichtungen, Verwaltung und Politik auffor-



dern, gemeinsam an einem wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Profil ihrer Region zu arbeiten. Das ist das Grundlegende am Ansatz von InnoRegio: Kooperationen haben nur Sinn, wenn es einen klaren thematischen Fokus der Kooperation gibt. Daraus entstehen dann auf Dauer Regionen, die man mit einer Erfolgsstory verbindet: So wie man heute bei Stuttgart an die Automobilindustrie denkt, soll man auch mit ostdeutschen Städten etwas verbinden: Das ist ein führender Biotech-Standort, dort ist das Zentrum der deutschen Materialforschung, hier werden die innovativsten Musikinstrumente gebaut. Und so weiter. Es sollen also sogenannte „Cluster“ entstehen.

*Wie sieht die Unterstützung des BMBF aus?*

Das BMBF hat 1999 die Förderung regionaler Innovationsinitiativen mit dem Wettbewerb InnoRegio gestartet. Ziel des Programms ist, wie gesagt, die Entstehung regionaler Cluster mit innovativen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Profilen in den neuen Ländern. Bei der Ausschreibung des Programms wurde themenoffen nach Innovationsnetzwerken gesucht, die die vorhandenen historisch gewachsenen Kompetenzen einer Region einbeziehen. Im Mittelpunkt steht die Finanzierung von gemeinsamen Forschungsprojekten der beteiligten Partner. Die 23 InnoRegios, die den Wettbewerb geschafft haben, bekommen so vom BMBF innerhalb von sieben Jahren mehr als 220 Mio. € für gemeinsame Projekte.

*Was ist mit den Regionen, die nicht als InnoRegio gefördert werden? Werden die abgehängt?*

Wir haben aus den bisherigen Ergebnissen neue Förderprogramme entwickelt. Interessierte Initiativen können sich fortlaufend bewerben. Das Programm „Innovative regionale Wachstumskerne“ fördert Netzwerke, die bereits einen kla-

ren thematischen Fokus haben und über ein hohes Potenzial an Kompetenzen und Marktchancen verfügen. Als Erfahrung aus InnoRegio achten wir besonders darauf, dass die Initiativen vom Start weg auf eine konsequente Umsetzung am Markt ausgerichtet sind. Wachstumskerne werden, wie die InnoRegios, mit erheblichen Mitteln für gemeinsame Projekte der beteiligten Partner gefördert.

Wir unterstützen aber auch Initiativen, die noch nicht die an Wachstumskerne gestellten Anforderungen erfüllen: Innovative Netzwerke, die noch am Anfang ihrer Entwicklung stehen, können ein halbes Jahr lang als „Innovationsforen“ gefördert werden. Das ermöglicht ihnen eine Art Initialzündung.

*Wenn ich jetzt so ein mittelständischer Unternehmer mit einer innovativen Idee wäre, wie müsste ich denn vorgehen?*

Vorausgesetzt, der mittelständische Unternehmer braucht nicht in erster Linie Kapital, um seine Idee dann gut alleine umsetzen zu können: Als erstes könnte er bei der KMU-Beratung des BMBF anrufen, unserer Hotline zur Förderberatung von kleinen und mittleren Unternehmen. Dort wird ihm erklärt, welche Fördermöglichkeiten für ihn in Betracht kommen. Es könnte sein, dass der Unternehmer mit seiner Idee in ein Forschungsfachprogramm des BMBF passt. Wenn der Unternehmer aber aus den Neuen Ländern kommt und seine Idee die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen oder mit Forschungs-Instituten erfordert, dann sollte er versuchen, eine Allianz mit diesen aufzubauen und sich für ein Innovationsforum zu bewerben.

*Zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen also da, wo Forschung und Unternehmen – gemeinsam mit Bildung, Politik und Verwaltung – branchenspezifische, bürokratische und wissenschaftsdisziplinäre Hemmnisse und Schranken überwinden und diese Zusammenarbeit frühzeitig auf eine konsequente wirtschaftliche Umsetzung am Markt zielt. Aber gibt es nicht genau an diesem Punkt auch immense Widerstände?*

Das stimmt. InnoRegio war am Anfang erheblichen Widerständen ausgesetzt: Die Kooperation in den Netzwerken lief noch nicht so, wie sie sollte, die Partner konnten sich nicht auf sinnvolle Projektvorschläge einigen, Landes- und Kommunalpolitik unterstützten die Initiativen nicht genügend. All das hat sich geändert. Mittlerweile laufen viele der als InnoRegio oder Wachstumskerne geförderten Netzwerke rund. Auch aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem InnoRegio-

Prozess ist es heute flächendeckend anerkannt, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den Neuen Ländern von innovativen KMU ausgehen wird, die in regionalen Netzwerken mit anderen KMU und der öffentlich finanzierten Forschung zusammenarbeiten.

*Wir haben jetzt viel über KMU gesprochen, in den neuen Ländern haben wir aber auch eine Reihe interessanter Hochschulen, wie sind denn diese eingebunden? Edelgard Bulmahn hat in ihrer Regierungserklärung gesagt, dass sie die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland zu „Leuchttürmen“ der Wissenschaft mit internationaler Ausstrahlung ausbauen will.*

Die Förderung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den Neuen Ländern stand auch bisher schon ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Seit 1998 wurde der Haushalt für Bildung und Forschung in Ostdeutschland kontinuierlich aufgestockt, in diesem Jahr standen € 1,8 Mrd. zur Verfügung. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den Neuen Ländern gehören bereits jetzt zu den modernsten, attraktivsten und leistungsfähigsten in ganz Deutschland. Dies ist natürlich eine Grundlage, auf der wir weiter aufbauen werden.

Um nur ein Beispiel von vielen zu nennen: Wir haben ein neues Förderprogramm gestartet, dessen Ziel es ist, erfolgreiche Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland zu international renommierten und für innovative Unternehmen relevanten Zentren auszubauen. Auf Grundlage der herausragenden Kompetenzprofile der Zentren werden junge Nachwuchswissenschaftler mit eigenen Forschungsgruppen an den Zentren angesiedelt.

*In Zeiten knapper Kassen fragt man sich ja, wie geht es mit den Projekten weiter?*

Falls Sie ganz konkret die Projekte im InnoRegio-Prozess meinen: Es sind keinerlei Kürzungen geplant, im Gegenteil, das Volumen wird in den nächsten Jahren erheblich aufgestockt werden. Die Mittel für den InnoRegio-Prozess wurden im Haushalt für 2003 von € 61 Mio. auf € 89 aufgestockt, also um ca. 46%. Aber auch ganz generell gilt: Bildung und Forschung sind und bleiben das wichtigste Zukunftspotential Ostdeutschlands. Diese Investitionen in das Humankapital sind die zentrale Triebkraft für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Daher hat die Bundesregierung den Zukunftsinvestitionen in diesem Bereich eindeutige Priorität eingeräumt, und ich werde mich dafür einsetzen, dass dies auch weiterhin so bleibt. ●

## ■ Hochschulpolitische Reformprojekte in Niedersachsen: Eine Bilanz mit kurzem Ausblick

**Dr. Wolfgang Domröse, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag**

Unmittelbar nach der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 1990 wurden die strukturellen Rahmenbedingungen im Hochschulbereich verbessert. Nach jahrzehntelanger Stagnation kam in Niedersachsen seit Beginn der 90er Jahre wieder Bewegung in die Hochschulpolitik. Eine konsequente Hochschulreformpolitik schafft entscheidende Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit und ist ein bedeutender Standortfaktor.

### **Zu Beginn der 90er Jahre**

Seit 1990 hat Niedersachsen mit der Modernisierung seiner Hochschulen begonnen. So wurden mit der Novelle des NHG vom Dezember 1993 Autonomie und Selbstverantwortung der Hochschulen, insbesondere im Haushaltswesen wesentlich weiterentwickelt. 1995 wurden modellhaft 3 Hochschulen in Landesbetriebe mit Globalhaushalt und kaufmännischem Rechnungswesen umgewandelt. Seit 1999 wird an den Fachhochschulen schrittweise die leistungsbezogene Mittelzuweisung eingeführt. Mit diesen und weiteren Reformen wurde Niedersachsen bundesweit Vorreiter in der Hochschulreform. Als Leitlinien der Reform haben wir Perspektiven wie Verbesserung der Qualität von Lehre und Forschung, wie Stärkung der Innovationskraft von Hochschulen, verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit, grössere Ressourceneffizienz und konsequente Leistungsorientierung formuliert.

Betrafen die Entscheidungsspielräume der Hochschulen nur die eigenverantwortliche Durchführung von Lehre und Forschung, so sollten jetzt eine Eigenverantwortung der Hochschulen für wirtschaftliches Handeln von selbstständiger Ressourcenplanung und -steuerung hinzu kommen. Damit die Hochschulen diese an sie gestellten Aufgaben bewältigen brauchten sie neue Instrumente. Die wichtigsten sind: Globalhaushalte, Ziel- und Leistungsvereinbarungen, eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Liegenschaften, flexibles Dienstrecht und professionelle Hochschulleitungen.

Vor dem Hintergrund dieser neuen Herausforderungen hat die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag mit einem Positionspapier der SPD Landtagsfraktion zur Hochschulreform in Niedersachsen vom März 2001 und mit dem Diskursprojekt NHG 2000 (runter zu

laden unter [www.spd-landtag-nds.de](http://www.spd-landtag-nds.de)) diese Leitlinien mit den Hochschulakteuren diskutiert.

### **Die Antwort auf diese Herausforderungen: Das Gesetz zur Hochschulreform in Niedersachsen**

Mit der Verabschiedung des neuen NHG im Juni 2002 hat Niedersachsen diesen Weg konsequent fortgesetzt. Das neue NHG kann mit seiner Stiftungsidee und seinen Leitbildern Autonomie, Innovation und Wettbewerb als das fortschrittlichste Hochschulgesetz in Deutschland bezeichnet werden. Erst kürzlich wurde es vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft mit dem Prädikat „best law“ ausgezeichnet, weil es hervorragende Bedingungen für die Entwicklung von Hochschulen schafft.

Es kommt nicht allzu häufig vor, dass der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ein von einer sozialdemokratischen Landesregierung vorgelegtes und von der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag beschlossenes Gesetz lobt. Das NHG ist keine Novelle eines bestehenden Gesetzes, sondern ein gänzlich neues Gesetz. Es ist die konsequente Fortentwicklung der erfolgreichen niedersächsischen Hochschulpolitik und die konsequente Weiterentwicklung der Autonomie von Hochschulen.

Das heißt jedoch nicht, dass sich der Staat aus der Verantwortung zurückzieht. Das heißt auch nicht, dass Entstaatlichung mit Privatisierung gleichzusetzen ist. Vielmehr ist es der Rückzug aus der Detailsteuerung in den Hochschulen selbst und der Übergang zu einem System, in dessen Rahmen wir in verbindlichen Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen aushandeln, was entwickelt werden soll, und den Hochschulen die Freiheit der Methoden und der Verfahren zur Umsetzung dieser Vereinbarung überlassen.

Die Aufgaben, die Hochschulen haben, werden in den nächsten Jahren mit dieser Methode besser gelöst, weil wir unsere Ziele, z.B. Verringerung der tatsächlichen Studiendauer, verstärkte Frauenförderung besser als mit dem tradierten System von Detailregelungen im Gesetz und in Verordnungen durch das zuständige Ministerium für Wissenschaft und Kultur erreichen. Dieser neue Weg bedeu-

tet: Weg von der Hochschulgesetzgebung hin zur Hochschulverfassung.

### *Die Stiftungsuniversität*

Erstmals in Deutschland eröffnet ein Hochschulgesetz die Möglichkeit, Hochschulen aus der Rechtsform der staatlichen Anstalt in die einer öffentlich-rechtlichen Stiftung zu überführen. Damit werden fünf Ziele verfolgt: Die Überführung in die Trägerschaft einer Stiftung bedeutet eine juristische Selbstständigkeit der Hochschule gegenüber dem Staat und damit mehr eigenverantwortliche Gestaltung. Stiftungshochschulen können die Vorteile des neuen Stiftungssteuerrechts nutzen und langfristig ein Stiftungsvermögen aufbauen. Die Erträge sollen staatliche Mittel nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Der Stiftung wird die Diensttherreneigenschaft für alle Beschäftigten übertragen, das eröffnet neue Möglichkeiten eines vorausschauenden Personalmanagements. Die für den Betrieb der Hochschule benötigten Liegenschaften gehen in das Eigentum der Stiftung über und können so ohne bürokratische Fesseln effizienter bewirtschaftet werden. Im Gegensatz zur Anstalt des öffentlichen Rechts (Staatsbetrieb) gilt die Stiftung als Institution der Bürgergesellschaft. Damit besteht die Chance, dass sich Studierende, Beschäftigte und Absolventen stärker mit ihrer Hochschule identifizieren als bisher.

Im Stiftungsrat werden sieben, davon fünf externe Persönlichkeiten für eine enge Verzahnung zwischen Hochschulen und Gesellschaft sorgen. Sie werden im Einvernehmen mit dem Senat vom Ministerium bestellt und übernehmen bislang staatliche Kontrollbefugnisse. Inzwischen haben fünf niedersächsische Hochschulen (die Universitäten in Göttingen, Hildesheim und Lüneburg, die Fachhochschule Osnabrück sowie die Tierärztliche Hochschule Hannover) einen formellen Antrag auf Überführung in die Trägerschaft einer Stiftung gestellt. Nach dem NHG ist dafür jeweils eine 2/3-Mehrheit im Senat erforderlich. Die breite Zustimmung in den Hochschulen zeigt, dass



die Option eine interessante Alternative zu der bisherigen Rechtsform ist. Dass auch Stiftungshochschulen auf staatliche Zuwendungen angewiesen sind, ist eine Selbstverständlichkeit. Denn natürlich sollen die Hochschulen nicht etwa privatisiert, sondern ‚nur‘ in eine weitgehende Unabhängigkeit vom Staat entlassen werden.

#### *Neue Entscheidungsstrukturen*

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben aber gezeigt, dass durchgreifende Reformen mit den traditionellen Entscheidungsfindungsprozessen nur schwer zu bewerkstelligen sind. Mehr Autonomie bedeutet eben auch mehr Verantwortung. Der Senat wird im neuen NHG nicht entmachtet, sondern bekommt eine neue Funktion: als Kontrollgremium mit umfassenden Informationsrechten gegenüber der Hochschulleitung. Er wählt zusammen mit dem neu eingerichteten Hochschulrat das Präsidium, das erstmals auch mit einer 2/3-Mehrheit abgewählt werden kann. Er beschließt die Grundordnung und entscheidet im Einvernehmen mit der Hochschulleitung über die Grundzüge der Entwicklungsplanung.

#### *Lehre*

Das neue NHG geht konsequent den Weg die Lehre zu verbessern. Es wurde eine Studiendekanin oder ein Studiendekan mit besonderen Kompetenzen, auch Vorgesetztenfunktion, eingeführt. Es gibt jetzt also jemanden, der die Interessen der Studierenden operativ aufgreifen kann, sie also handelnd umsetzen kann. Wir werden die Anstrengungen in der Evaluierung der Lehre unter intensiver Beteiligung der Studierenden noch stärker als bisher im Gesetz abbilden und wir werden die neuen Studiengänge, nämlich die konsekutiven Studiengänge Bachelor und Master, im Gesetz verankern.

#### **Weitere Reformprojekte**

Durch die seit 1995 arbeitende *Zentrale Evaluationsagentur (ZEVA)* wird flächendeckend an niedersächsischen Hochschu-

len Lehre und Studium evaluiert und damit in Niedersachsen als einzigem Bundesland systematisch Qualitätssicherung betrieben.

Die tatsächlichen *Studienzeiten* sind in Niedersachsen kürzer als im Bundesdurchschnitt. Mit dem Ausbau konsekutiver Studiengänge, der Einführung des ECTS und Tutorien werden weitere Anstrengungen zur Verkürzung der Studiendauer unternommen. Darüber hinaus hat Niedersachsen als erstes und bislang einziges Bundesland Intensivstudiengänge eingerichtet, bei denen der starre Semesterrhythmus aufgehoben ist.

In Niedersachsen haben wir die *Gebührenfreiheit des Erststudiums* gesetzlich gesichert. Damit gibt es für die Studierenden in Niedersachsen eine verlässliche und klare Regelung zur Gebührenfreiheit. Nach unserem Konzept erhalten alle Studierenden in Niedersachsen ein Studienguthaben. Es entspricht der Regelstudienzeit ihres Faches plus vier zusätzlicher Toleranzsemester. Das Studienguthaben kann zum gebührenfreien Studium an allen niedersächsischen Hochschulen verwendet werden. Wer trotz der zusätzlichen vier Toleranzsemester sein Studienguthaben erschöpft hat, aber sein Studium nicht abgeschlossen hat, zahlt eine Gebühr von 500 Euro pro Semester. Um soziale Härten zu vermeiden, wurden in Niedersachsen eine Reihe von Sonderregelungen eingeführt.

Die Finanzausstattung der Hochschulen ist allein in den Jahren von 1990 bis 2001 um ein Drittel von 1.068 Mio. Euro auf 1,536 Mio. Euro erhöht worden und das Land konnte mit dem Innovationspakt I und II *Planungssicherheit* für die Hochschulen schaffen.

Niedersachsen hat als erstes Bundesland *Juniorprofessuren* eingestellt, unterstützte mit eigenen Personalmitteln die Juniorprofessur-Initiative des Bundes und legte dazu kurzfristig ein Junior-Start-Pro-

gramm in Höhe von rund 6 Mio. Euro auf.

#### **Ein Ausblick**

Wir werden auch in den nächsten Jahren diesen erfolgreich eingeschlagenen Weg konsequent weiter verfolgen und Eigenverantwortung und Wettbewerb der Hochschulen gezielt fördern. Damit soll die vielfältige Hochschullandschaft in Niedersachsen mit hochwertigen Studienangeboten und exzellenter Forschung weiter gestärkt werden, um die Zukunftschancen unserer jungen Generation im Wettbewerb zu sichern. Bei den ab 2004 mit den Hochschulen auszuhandelnden Zielvereinbarungen Schwerpunkte auf eine weitere Verkürzung der tatsächlichen Studiendauer, eine deutliche Verringerung der Studienabbrucherquoten, die Förderung von Exzellenz in Forschung und Fortschritte bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages zu legen. Auch Weiterbildungsangebote und berufliche Ausbildungsleistungen der Hochschulen sollen Gegenstand der Zielvereinbarungen sein.

Wir werden den Ausbau der Fachhochschulen weiter fördern. Bereits mit der Umsetzung des ersten Fachhochschul-Entwicklungsprogramms (FEP I) sind von 1991 bis 1998 an niedersächsischen Fachhochschulen 6.650 zusätzliche Studienplätze geschaffen und Standorte ausgebaut worden. Damit liegt Niedersachsen mit 26 % Studierenden an Fachhochschulen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das aktuell beschlossene FEP II sieht eine nochmalige Steigerung der Finanz- und Stellenausstattung im Fachhochschulbereich vor. Mit der Schaffung von 4400 zusätzlichen Studienplätzen ist Niedersachsen für den in den nächsten Jahren zu erwartenden Ansturm auf die Hochschulen bestens gewappnet. •

## ■ Offensive für Wissenschaft und Forschung

### **Interview mit Prof. Dr. Miriam Meckel**

Die parteilose Kommunikationswissenschaftlerin Prof. Dr. Miriam Meckel wurde von Gerhard Bökel, dem SPD-Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in Hessen als Ministerin für Wissenschaft, Kultur und Medien in sein Schattenkabi-

nett aufgenommen. Miriam Meckel wurde 1999 zur Professorin ernannt, damals als jüngste in Deutschland, und war von 2001 bis November 2002 Regierungssprecherin in Nordrhein-Westfalen. Sie ist jetzt Staatssekretärin für Europa, In-

ternationales und Medien in der Staatskanzlei.

Als Ministerin in Hessen soll Meckel die Modernisierung der Hessischen Hochschulen gestalten. Geboren wurde sie am 18. Juli 1967 in Hilden, es folg-

ten Abitur, Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Sinologie, Politikwissenschaft und Jura an den Universitäten Münster, Taipei und Taiwan, und eine mehrjährige journalistische Tätigkeit.

*Frau Meckel, Sie sind ja für deutsche Verhältnisse außerordentlich: Frau, jung und Professorin, politikerfahren.*

Ja, aber nicht mehr die jüngste, diesen vermeintlichen Ehrentitel habe ich abgegeben.

*Wenn Sie zurückblicken, was ist ihre wichtigste Erfahrung?*

Das Entscheidende ist, die Dinge einfach anzufangen und zu machen. Man braucht so früh wie möglich Praxiserfahrung und Zeit zum Nachdenken. Im Studium und auch als Professorin war für mich die Verbindung von Wissenschaft und Praxis ein ganz wichtiger Punkt.

*Was hat sie denn zum wissenschaftlichen Arbeiten gebracht – und dann zur Politik?*

Professorin wurde ich, weil mir wissenschaftliches Arbeiten immer Freude gemacht hat. Es reizt mich, mich mit Themen und Entwicklungen intensiv und über einen längeren Zeitraum zu beschäftigen. Genauso reizt es mich, als medienwissenschaftliche Expertin jetzt meine Erfahrungen in der Politik umsetzen zu können. Was mich stört, ist die ausufernde Bürokratie, die sich überall entwickelt und breit gemacht hat.

*Spitzenleistung und Chancengleichheit, so ist im Regierungsprogramm für das Land Hessen das Kapitel zur Hochschule überschrieben. Ist das Ihr Schwerpunkt?*

Ja, eindeutig. Unsere Hochschulen müssen in Forschung und Lehre mit den besten Hochschulen weltweit konkurrieren. Wir stehen vor der Herausforderung, Spitzenforschung und herausragende Lehre mit Chancengleichheit zu verbinden. Da gibt es in Hessen noch einiges an Hausaufgaben zu machen.

*Wie soll denn das funktionieren?*

Ein wichtiger Punkt ist die Stärkung der Autonomie der Hochschulen. Da ist vieles angekündigt aber wenig umgesetzt worden. Wir werden hierfür Zielvereinbarungen beschließen und an diese müssen die Hochschulen sich halten. Wie sie die Ziele erreichen, das bleibt allerdings ihnen überlassen. Wenn wir wollen, dass es an den Hochschulen vorangeht, dass sich die Qualität von Forschung und Lehre verbessert, dann müssen wir die Hochschu-

len aus dem Korsett von Verwaltungsvorschriften befreien.

*Und geben damit ihre Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand.*

Nein. Gestaltungsfreiheit lässt sich nur erreichen, wenn wir uns darauf beschränken, die Rahmenbedingungen vorzugeben. So werden wir bestimmte Eckdaten festhalten, wie z.B. die Festlegung von Anteilen für Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften und Technikwissenschaften. Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der Hochschulen ist da die richtige Mischung nötig.

*Und das Personal? Das ist doch eine der entscheidenden Steuerungsfunktionen*

Richtig. Deshalb sollen Personalentscheidungen auch in den Hochschulen getroffen werden.

*Wie sieht das mit der Mitbestimmung aus?*

Ich glaube, Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben geeignete Strukturen zu geben. Dabei muss aber der Grundsatz gewahrt bleiben, dass alle Gruppen an der Hochschule an der Willensbildung in den Gremien beteiligt werden. Insbesondere die Studierenden müssen in die sie betreffenden Entscheidungen einbezogen werden. Ich glaube, wenn die Hochschulen diese Herausforderung annehmen, dann werden sich sehr unterschiedliche aber gute Hochschulprofile herausbilden. Ich sehe hier eine große Chance. Hochschulen müssen viel flexibler auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren können.

*Die Bundesregierung hat das Ziel formuliert, dass 40% eines Jahrgangs in Zukunft ein Studium aufnehmen sollen. Die Union scheint zu glauben, dass in Deutschland zu viele studieren.*

Dank der BAföG-Reform nähern wir uns jetzt erstmalig dem von der Bundesregierung formulierten Ziel – und das ist nicht aus der Luft gegriffen, sondern orientiert sich an internationalen Vergleichsdaten. Die sollten uns nach PISA Mahnung genug sein. In Hessen gibt es rund 153.000 Studierende, wir wollen, dass es mehr werden. Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft brauchen wir Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Ein Studium ist kein Luxus, sondern in Deutschland eine Investition in die Köpfe unserer Menschen und damit am Ende ein echter Standortfaktor.

*Lassen Sie uns einen Moment auf die Forschung blicken, was sehen Sie da an Herausforderungen?*

Ein wichtiger Punkt ist die Vernetzung von universitärer und außeruniversitärer Forschung. Die Schnittstellen zwischen beiden Forschungsbereichen müssen deutlich besser werden. Wir wollen deshalb auch die Projektarbeit der hessischen



Technologierstiftung ausbauen, indem wir die Eigenkapitalbildung der Gesellschaft verbessern und ihre Entscheidungskompetenzen ausbauen. Und lassen Sie mich das noch sagen: Wir werden auch daran arbeiten, an den hessischen Hochschulen den Prozess der Ideenfindung und Patentierung bis hin zur Vermarktung der Resultate voranzubringen. Den Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss über ein hessisches Verwertungsnetzwerk Hilfestellung bei der Patentierung und Verwertung gegeben werden, etwaige Erträge kommen dann den Hochschulen wieder zu gute. In diesem Feld gibt es wirklich viel zu bestellen.

*Letztes Stichwort: Unser wissenschaftlicher Nachwuchs. Der Weg für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ist ja immer noch außerordentlich langwierig.*

Stimmt, das darf nicht so bleiben. Sehen Sie, ich bin sehr früh Professorin geworden – für deutsche Verhältnisse! In der Regel müssen die Nachwuchswissenschaftler einen regelrechten Qualifizierungsmarathon hinter sich bringen. Gerade für Frauen fällt diese Phase oft in die Zeit der Familienplanung und das ist sicher auch ein Grund, warum in Deutschland immer noch nur etwa 5,5% der Professorenstellen von Frauen besetzt sind. Ich möchte, – einfach auch vor dem Hintergrund meiner Erfahrung – dass sich das ändert. Unsere Nachwuchswissenschaftler müssen viel früher eigenverantwortlich forschen und lehren können. Es ist doch absurd, dass die Führungskräfte in Unternehmen bereits mit Anfang 30 Verantwortung über riesige Etats und Personal verfügen, ein „Nachwuchswissenschaftler“ an

der Hochschule aber in dem Alter immer noch nicht eigenständig arbeiten kann.

*Also kann man davon ausgehen, dass für Sie die Juniorprofessuren nicht nur ein Modellprojekt sind?*

Sie sind ein erster Ansatz. Hier ist die Bundesregierung auf dem richtigen Weg. Juniorprofessuren sind ein zentraler Beitrag zur Strukturreform an den Hochschulen. Ich glaube, dass die Widerstände, die es ja durchaus noch gibt, sich einfach über die Praxis am Ende erledigen werden. Allerdings werden wir bei der Umsetzung an den Hochschulen schon sehr genau ver-

folgen müssen, ob die Umsetzung auch die angestrebten Ziele bringt.

*Die obligatorische Frage: Wie halten Sie es denn mit Studiengebühren?*

Wissen Sie: Wenn wir eine offene und breite gesellschaftliche Debatte über Chancen und Belastungen des Studiums führen würden – ich wäre gespannt, ob da nicht einige überraschende Argumente – auch von den Studierenden – kämen. Aber im Ernst, wir haben in unserem Regierungsprogramm festgehalten und dazu stehe ich: Mit uns wird es an Hessens Hochschulen keine Studiengebühren

geben. Dennoch werden wir nicht umhin kommen, über die zentralen Fragen weiter auch politisch nachzudenken: Wie erreichen wir Bildungsgerechtigkeit und wie lässt sie sich finanzieren?

*Als Kommunikationswissenschaftlerin ist es für doch sicher wichtig gewesen, dass das Ressort um die Zuständigkeit für Medien erweitert wurde.*

Natürlich. Medien spielen heute eine große Rolle – auch in der Wissenschaft. Außerdem bringe ich in diesem Feld ja eine umfangreiche Erfahrung aus dem Medienland Nordrhein-Westfalen mit. •

## ■ Projekt: Nachwuchsförderung

Wir haben uns vorgenommen, künftig in lockerer Folge Projekte zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland vorstellen.

Wir starten in diesem Heft mit der Graduate School of Social Sciences in Bremen. In diesem Heft stellen wir die Einrichtung vor, in einem Jahr

wollen wir noch einmal hinschauen und nachverfolgen, wie sich das Projekt entwickelt hat.

### Die Graduate School of Social Sciences

Die Graduate School of Social Sciences (GSSS) ist eine Modell-Einrichtung der Universität Bremen für die systematische Weiter-Qualifikation von Sozial- und Politikwissenschaftler/innen mit erstem Abschluss. Sie wurde im Januar 2002 mit Förderung der Volkswagen-Stiftung eingerichtet und hat im Herbst diesen Jahres mit den ersten 15 Promotionsstudierenden ihren Studienbetrieb aufgenommen. Zum Herbst 2003 und 2004 werden jeweils weitere 15 Studienplätze vergeben.

Offen ist die GSSS für hoch motivierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus der ganzen Welt. Insgesamt stehen rund 45 Studienplätze zu Verfügung. Ein Teil der Studierenden kann ein Stipendium in Höhe von 1000 Euro erhalten.

Die Doktoranden werden individuell betreut und erhalten im Rahmen ihres Promotionsstudiums eine vertiefte Ausbildung in der quantitativen und qualitativen Sozialforschung. Das Ausbildungsprogramm zum PhD (Promotion) umfasst drei Jahre und ist auf die drei Arbeitsschwerpunkte der Graduate School bezogen:

- Transnationale Beziehungen und Politische Theorie;
- der moderne Wohlfahrtsstaat und

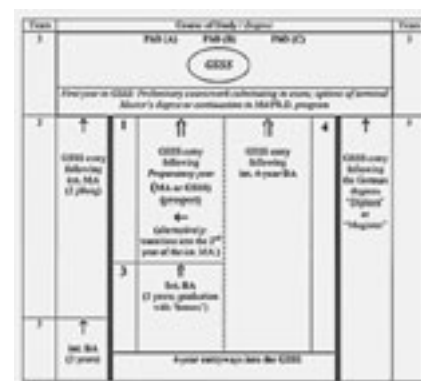
– Lebenslauf-Forschung und Sozialer Wandel.

Es gibt ein spezielles Kursprogramm für jeden dieser Schwerpunkte; im Studium sind jeweils zwei Bereiche individuell zu kombinieren. Die Lehrveranstaltungen werden in englischer und deutscher Sprache durchgeführt.

Mit der Ausrichtung auf die drei Arbeitsschwerpunkte trägt die Graduate School dazu bei, dass die Doktoranden ihren Blick auf die Wechselbeziehung von „nationaler Gesellschaftswelt“ und „internationaler Staatenwelt“ lenken. Wenn Antworten auf die gesellschaftlichen Entwicklungstrends gefunden werden sollen, dann ist heute der interdisziplinäre Blick unabdingbar. So hat zum Beispiel erst der interdisziplinäre Vergleich gezeigt, dass bestimmte Lebensläufe in einem systematischen Verhältnis zu bestimmten Typen von Wohlfahrtsstaaten stehen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten nicht mehr ohne die Berücksichtigung des trans- und internationalen Umfeldes verstanden werden kann.

Hochaktuelle Forschungsfragestellungen werden somit von den Doktoranden bearbeitet und in den drei Jahren ihres Studiums weiterentwickelt.

Die Graduate School of Social Sciences wird von drei Forschungseinrichtungen der Universität Bremen getragen: Dem Zentrum für Sozialpolitik, dem Institut für Interkulturelle und Internationale Studien und dem Institut für Empirische



Das Diagramm verdeutlicht die vier Studienwege an der GSSS.

und Angewandte Soziologie. Es gibt aber auch eine enge Kooperation mit Partner-Universitäten in Nordamerika, Großbritannien und Skandinavien im Rahmen eines internationalen Netzwerkes.

Damit eröffnet die Bremer Graduate School Möglichkeiten für ein forschungsbezogenes Promotionsstudium auf internationaler und interdisziplinärer Grundlage. Weitere Informationen im Internet: [www.gsss.uni-bremen.de](http://www.gsss.uni-bremen.de). •

# ■ Nachhaltigkeit und Mobilität: Neues Forum gegründet



Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ist die wichtigste reformpolitische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Ständige Aufgabe unserer Politik ist es, dieses Leitbild in mittel- und langfristige Handlungsoptionen zu übersetzen. Auf kommunaler und lokaler Ebene gibt es in der SPD viele Menschen, die sich mit Projekten einer nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Agenda 21 beschäftigen. Der SPD-Parteivorstand bietet nun eine neue Plattform für programmatische und konzeptionelle Diskussionen in diesem Themenfeld: Am 4. Dezember konstituierte sich in Berlin das Forum Nachhaltigkeit mit dem ersten Arbeitsschwerpunkt Mobilität, das hoch-

tonte, die SPD habe seit dem Regierungswechsel 1998 bereits wichtige Schritte in Richtung einer nachhaltigen Mobilität eingeleitet. Durch die Ökosteuer und technologische Innovationen sei es gelungen, den Mineralölverbrauch trotz wachsenden Verkehrs zu senken.

## **Nachhaltigkeit als langfristiger Prozess von Modernisierung und Erneuerung**

Michael Müller wandte sich gegen das gängige Vorurteil, dass das Forum Nachhaltigkeit reine Umweltpolitik betreiben wolle. Vielmehr stehe die Gesellschaft vor Herausforderungen, „auf die es keine Kö-

Aufgabe aller Akteure in der Gesellschaft. Konzeption und Umsetzung müssen daher in der Mitte der Gesellschaft verankert sein. Denn der Staat kann dies mit seinen Mitteln allein nicht sicherstellen“.

Das neu einberufene Forum Nachhaltigkeit und Mobilität hat es sich besonders zur Aufgabe gemacht, gezielt die existierenden Handlungsoptionen im Bereich der Verkehrspolitik herauszukristallisieren und die verschiedenen Entwicklungspfade einer Mobilität der Zukunft zu beschreiben und zu diskutieren. Die sehr breit angelegte Besetzung mit Vertreterinnen und Vertretern vieler unterschiedlicher Interessengruppen spiegelt dabei auch die gesellschaftliche Debatte hervorragend wie-



rangig mit 38 Mitgliedern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden, kommunaler und Bundespolitik besetzt ist.

## **Nachhaltigkeit im Bereich Mobilität**

„Mobilität ist das Thema Nummer eins“, sagte Ulla Burchardt, Mitglied des Deutschen Bundestages, die zusammen mit Michael Müller, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Kurt Bodewig, Mitglied des Deutschen Bundestages, die Leitung des neuen Forums übernommen hat. Ziel des Forums ist es, dass Thema Nachhaltigkeit im Bereich Mobilität zu stärken. „Damit wird zugleich ein Beitrag zur Diskussion in der Gesellschaft geleistet und auch die Willensbildung in der SPD forciert“, sagte Ulla Burchardt. Der sozialen und umweltgerechten Mobilität und der Modernisierung des Verkehrssektors komme eine herausragende Bedeutung zu.

Kurt Bodewig führte an, dass der Zuwachs an Verkehr nicht verhindert werden könne, jedoch darüber nachzudenken sei, wie mit den Ressourcen verantwortungsvoll umgegangen werden könne. Er be-

nigsantworten“ gebe, so Müller. „Es geht um den langfristigen Prozess von Modernisierung und Erneuerung“. Ziel sei es, vor dem Hintergrund der Globalisierung eine neue Dynamik sozialer und ökologischer Prozesse in Gang zu setzen. Man müsse die Frage stellen, wie vor diesem Hintergrund soziale und ökologische Standards entwickelt werden können.

Die Nachhaltigkeitsstrategie bietet aus seiner Sicht die Chance, zum einen Bewegung in den Industrieländern zu erzeugen, um den Energieverbrauch drastisch zu reduzieren. Zum anderen lege die Strategie nahe, in unterschiedlichsten Systemen vernetzt zu denken. Beispielhaft führte Müller die Bildungspolitik an, in der es ebenso um eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Generationengerechtigkeit gehe.

## **Aufgabe für alle Akteure in der Gesellschaft**

Nach seinen Worten ist Nachhaltigkeit eine Idee, in schwierigen Zeiten „Handlungsfähigkeit oder Reformfähigkeit in Politik und Gesellschaft zu erhöhen“, so Müller. „Nachhaltige Entwicklung ist die

der. Dadurch gibt es eine echte Chance, die entscheidenden „Stellschrauben“ für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik zu finden und Alternativen und Optionen für Politik aufzuzeigen.

Einige Kernfragen auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Perspektive im Bereich der Mobilität

**1. Infrastrukturplanung:** Wie kann die Verkehrsplanung auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden? Im Zentrum stehen dabei Fragen der Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung. In die Überlegungen soll die Verkehrsinfrastrukturplanung einbezogen werden.

**2. Effizienzsteigerung:** Wie können die aus dem steigenden Verkehrsaufkommen resultierenden Belastungen von Mensch und Umwelt durch neue und innovative Konzepte vermindert werden?

**3. Verkehrsverlagerung:** Wie können Belastungen der Infrastruktur und der dynamischen Entwicklung in Ballungsgebieten und in ländlich strukturierten Gebieten vermindert werden? Im Mittelpunkt

sollen Fragen der stärkeren Nutzung von Schienen und Wasserstraßen, d.h. eine Entlastung der Straße durch Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger stehen.

**4. Verkehrsmanagement:** Was für Konzepte und Systeme müssen weiterentwickelt und erprobt werden, um Nutzerinteressen zu optimieren?

**5. Technische Innovation gegen Gesundheitsgefahren:** Die Prüfung vorhandener Instrumente zur Bekämpfung von Lärm und Schadstoffen

**6. Substitution von Treibstoffen und neuen Antriebstechniken:** Fragen der Entwicklung neuer Antriebstechniken („Weg vom Öl“), alternative Kraftstoffe (Wasserstoff) und Maßnahmen zur effizienteren Energienutzung.

Weitere Fragen werden sich aus der Arbeit des Forums ergeben.

### Nachhaltigkeit als sozialdemokratische Perspektive

Die Grundlagen der Debatte über „dauerhafte Entwicklung“ sind mit dem Bericht der Brandt-Kommission (1980) und der Brundtland-Kommission (1987) von SozialdemokratInnen gelegt worden. Heute ist es die von Gerhard Schröder geführte Bundesregierung, die als erste bun-

desdeutsche Regierung eine „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie“ vorlegt hat, mit der das Prinzip der Nachhaltigkeit ressortübergreifend als Leitgedanke des Regierungshandelns durchdekliniert wird.

Gerhard Schröder und die SPD-geführte Bundesregierung haben auf dem Weltgipfel in Johannesburg im August/September dieses Jahres eine wichtige Rolle als Motor einer nachhaltigen Politik für die Zukunft gespielt und deutlich gemacht, dass wir den Weg der nachhaltigen Entwicklung unseres Landes, aber auch Europas und der gesamten Welt, als wichtigen Baustein zu mehr Gerechtigkeit und Frieden ernsthaft voranbringen wollen.

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, die Bedürfnisse einer Gesellschaft zu befriedigen ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu beeinträchtigen, dieses ebenfalls tun zu können. Mit anderen Worten: Was wir heute tun, muss auch für morgen noch gut sein. Gerechtigkeit und Solidarität werden um eine neue Dimension – die Dimension der Zeit – erweitert. Nachhaltigkeit ist damit das Fortschreiben sozialdemokratischer Ideale und Werte in die Zukunft.

Nachhaltiges Wirtschaften hat neben der Zeit drei weitere Zieldimensionen: es bedeutet eine soziale, eine wirtschaftliche und eine ökologische Politik der Vorsorge für zukünftige Generationen. Nur eine sozial gerechte und wirtschaftlich leistungsfähige Gesellschaft bildet einen

guten Rahmen für weitere Entwicklung. Es darf aber nicht vergessen werden: Das Rückgrat bildet die ökologische Dimension: Die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt ist das Nadelöhr der Zukunftsfähigkeit. Wirtschaftliches Wachstum und soziale Entwicklung müssen die Tragfähigkeit des ökologischen Systems als ihre Grenze anerkennen.

Auf dieser Basis sind in den ersten vier Jahren sozialdemokratisch geführter Regierung wichtige Strukturentscheidungen für die Zukunft getroffen worden:

- Ausstieg aus der Atomenergie
- Einstieg in die Energiewende
- Einstieg in eine ökologische Steuerreform
- Einstieg in die Verkehrswende

Hier wird die SPD mit ihrer Politik in den nächsten Jahren anknüpfen. Insbesondere im Themenfeld der Verkehrspolitik, dem sich dieses Forum nun widmen will, besteht erheblicher Innovationsbedarf.

Nachhaltiges Denken fängt in den Köpfen an: kurzfristige Lösungen und Erfolge dürfen nicht den Blick für langfristige Entscheidungen verstellen. Und: Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Es kommt bei unseren Entscheidungen für die Zukunft immer stärker darauf an, das Zusammenwirken der Kräfte im Blick zu haben.

#### Weitere Mitglieder des Forums:

*Dr. Frank Claus*, iku GmbH Dortmund  
*Prof. Dr.-Ing. Uwe Clausen*, Fraunhofer Institut für Materialfluss und Logistik  
*Margit Conrad*, Ministerin für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz  
*Dr. Brigitte Dablender*, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland  
*Prof. Dr. Franz Daschner*, Universitätsklinikum Freiburg  
*Klaus Daubertshäuser*, Deutsche Bahn AG  
*Bärbel Dieckmann*, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn  
*Dr. Hans Diefenbacher*, Beauftragter des Rates der EKD für Umweltfragen  
*Axel Endlein*, Mitglied des Landtages Niedersachsen  
*Heinrich Ganseforth*, üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe AG  
*Iris Gleicke*, Parl. Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen  
*Norbert Hansen*, TRANSNET

*Jörg Hennerkes*, Staatssekretär im Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung des Landes NRW  
*Jürgen Heyer*, Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt  
*Wolfgang Jüttner*, Umweltminister Niedersachsen  
*Stephan Kobler*, Deutsche Energie-Agentur  
*Klaudia Martini*, Opel AG  
*Ulrike Mehl*, Mitglied des Deutschen Bundestages  
*Prof. Dr. Ulrich Mückenberger*, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg  
*Prof. Dr. Edda Müller*, Verbraucherzentrale Bundesverband  
*Dr. Monica Müller*, ADAC  
*Gerd Oelsner*, Karlsruhe  
*Prof. Dr. Rudolf Petersen*, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie  
*Heinz Putzhammer*, Deutscher Gewerkschaftsbund  
*Karin Rehbock-Zureich*, Mitglied des Deutschen Bundestages  
*Wolfgang Rose*, Automobilclub Europa

*Prof. Dr. Werner Rothengatter*, Universität Karlsruhe  
*Prof. Mario Schmidt*, Fachhochschule Pforzheim  
*Karl-Heinz Schröter*, Landrat Landkreis Oberhavel  
*Ulrich Sierau*, Planungsdezernent der Stadt Dortmund  
*Prof. Dr. Udo Simonis*, Wissenschaftszentrum Berlin  
*Dr. Dieter Spöri*, Daimler Chrysler AG  
*Reinhard Ueberhorst*, Elmshorn  
*Prof. Dr. Markus Vogt*, Clearingstelle Kirche und Umwelt der katholischen Kirche  
*Dr. Frank Walle*, Deutsche Lufthansa  
*Dr. h.c. Klaus Wedemeier*, Wirtschaftsverband Weser  
*Hubert Weinzierl*, Deutscher Naturschutzring  
 Beratendes Mitglied:  
*Prof. Dr. Andreas Troge*, Präsident des Umweltbundesamtes

# Aus den Regionen

## ■ Aufbau in Ostdeutschland: der Beitrag von Wissenschaft und Forschung

### Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

#### Veranstaltungen 2002/2003

Am 21. Februar 2000 ist in Berlin das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gegründet worden. Für das Forum wurde die Rechtsform eines eingetragenen Vereins gewählt.

Ziele des regionalen Wissenschaftsforums sind die Förderung von Wissenschaft und Forschung, von Hochschul- und Forschungseinrichtungen durch Veranstaltungen, Publikationen, und auf andere Weise mit einem Schwerpunkt in der Nord-Ost-Region Deutschlands. Das Forum befasst sich dabei mit der schwierigen Auf- und Ausbausituation im Wissenschaftsbereich der drei Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Im zweiten Jahr nach seiner Gründung hat das neue Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V. fünf Veranstaltungen und Diskussionsrunden zu wissenschaftspolitischen Themen durchgeführt. Dazu gehörte ein Workshop, der zusammen mit dem zuständigen Arbeitskreis der SPD-Fraktion des Landtags Brandenburg im Januar 2002 zur brandenburgischen Wissenschafts-, Forschungs- und Infrastrukturpolitik angeboten wurde. Drei weitere wissenschaftspolitische Tagungen in Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam – zuletzt am 6.9.2002 mit Bundesministerin Edelgard Bulmahn und Ministerpräsident Matthias Platzeck – folgten. Eine Veranstaltung in Potsdam mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse befasste sich mit dem Thema „Islam und säkularisierter Westen – Dialog und Konflikt“; die Tagung wurde gemeinsam vom regionalen Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, vom entsprechenden Forum auf der Bundesebene und vom Kulturforum der Sozialdemokratie getragen. Das Wissenschaftsforum hat sich außerdem an einer Reihe von anderen Veranstaltungen u.a. durch Vorträge beteiligt.

Für das Jahr 2003 sind verschiedene Tagungen geplant, an der jeweils andere Partner als Träger mitwirken werden. Vorgesehen ist ein weiteres „Wissen-

schaftspolitisches Gespräch in der Akademie“ in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zum Thema „Wissenschaftsdefizit und Finanzpolitik in Deutschland – Prioritätensetzung im deutschen föderativen System“. Eine andere Veranstaltung soll sich mit der Kooperation in der Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik in der Region Berlin-Brandenburg befassen. Eine Tagung in Greifswald wird über den regionalen Wissenschaftsausbau und seine Auswirkungen auf die Infrastrukturentwicklung diskutieren.

Weitere Veranstaltungen im Jahre 2003 im Lande Brandenburg sollen die Themen „Fachhochschulen in den neuen Bundesländern“ sowie „Wissenschaftslandschaften Paris/Ile de France und Berlin/Brandenburg – Konkurrenz und Kooperation in Hauptstadtregionen“ aufnehmen. Geplant ist zudem, in Anknüpfung an die Veranstaltung im letzten Jahr, eine Podiumsdiskussion zum Themenbereich „Islam und Säkularisierung, Menschenrechte, neuer Antisemitismus und Nahostkonflikt“.

#### Wissenschaftsausbau und Infrastrukturentwicklung in Ostdeutschland

Die Debatten in den regionalen Veranstaltungen des Wissenschaftsforums weisen eine große Bandbreite auf. Sie reichen thematisch von der Professorenbesoldung über die Forschungsförderung, die Hochschulorganisation und Infrastrukturpolitik bis zur Entwicklung der islamischen Gesellschaften oder zu den Antisemitismus-Auswirkungen in der deutschen und internationalen Politik.

Einige, im engeren Sinne wissenschaftspolitisch ausgerichtete Themenaspekte spielen immer wieder eine Rolle. Deutschland liegt im internationalen Vergleich in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik zurück, wie wir nicht erst seit der jüngsten PISA-Untersuchung wissen. Wissenschaftseinrichtungen haben einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Infrastruktur und am Wirtschaftsaufbau. Das gilt vor allem für Ostdeutschland. Dem Wissenschaftsauf-

bau kommt dort auch vor dem Hintergrund einer Reihe von Standortnachteilen wachsende Bedeutung zu:

- In Ostdeutschland studieren im Vergleich zu den westdeutschen Ländern immer noch zu wenig Jugendliche. Dabei liegt Deutschland insgesamt bei einer Gegenüberstellung mit vergleichbaren Industriestaaten im Rahmen der OECD beim jeweiligen Altersjahrganganteil der Hochschulzugangsberechtigten und der Studierenden deutlich zurück.

- Die Anteile für Wissenschaft und Forschung am Bruttoinlandsprodukt sind in Deutschland nach einem Vergleich der OECD-Staaten zu gering. Deutschland gibt auf diesem Gebiet deutlich weniger aus als etwa Schweden, Finnland, Japan, Korea oder die USA. Der Wissenschaftsrat warnt seit längerer Zeit vor den negativen Folgen dieses Defizits für die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht nur in der Wissenschaft im engeren Sinne, sondern auch auf dem Gebiet der technologischen Entwicklung und der Innovation. Besondere Finanzierungsdefizite bestehen in der Mehrheit der deutschen Länder vor allem im Hochschulwesen.

- Die ostdeutschen Potentiale in der Industrieforschung liegen in vielen Regionen hinter den entsprechenden Kapazitäten im Westen weit zurück. Hilfen für die Forschung in ostdeutschen Betrieben werden aus strukturellen Gründen die Entwicklung nicht entscheidend beeinflussen können. Kleinere und mittlere Unternehmen in Brandenburg verfügen häufig noch nicht über die erforderliche Finanz- und Wirtschaftskraft, um sich den Aufbau von Forschungs- und Entwicklungseinheiten leisten zu können. Bei größeren Betrieben sind derartige Kapazitäten vielfach bereits in ausreichendem Umfang an den Standorten derjenigen Firmen im Westen vorhanden, deren Eigentümer die ostdeutschen Unternehmen erworben haben.

Dem Ausbau der öffentlich geförderten oder öffentlich getragenen Wissen-

schaftseinrichtungen – der Hochschulen und der Forschungsinstitute – kommt deshalb eine strategische Auffangfunktion zu. Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik sind gleichrangige Bestandteile einer modernen Infrastrukturpolitik. Eine an den Zukunftsbedürfnissen ausgerichtete Aufbaupolitik für Ostdeutschland wird nur erfolgreich sein können, wenn sie sich auf den Ausbau von leistungsfähigen

Hochschulen und Forschungsinstituten stützt – ein Ausbau, der vom Bund in den letzten vier Jahren nachdrücklich vorgebracht, von den einzelnen Ländern aber nicht immer in gleicher Weise gefördert wurde.

Es ist eine wesentliche Aufgabe des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, die sich daraus erge-

benden Handlungsansätze zu schildern und zu unterstützen.

**Kontakt:**

Tilo Braune  
Klaus Faber  
Tel.: 033 01/62 45 51  
Fax: 033 01/600 40 35  
Klaus\_faber@t-online.de

## ■ Wissenschaftsforum Hamburg als Verein gegründet

### Hamburg

Ein Schwerpunkt für die Arbeit des Wissenschaftsforums Hamburg im zweiten Halbjahr 2002 bildete zunächst der Wahlkampf. Dazu führten wir zwei gutbesuchte Abendveranstaltungen durch: am 17.7. mit Edelgard Bulmahn zur Thematik ‚Hochschule der Zukunft‘ sowie am 28.8. mit Hans-Ulrich Klose, Frau Prof. Jarchow und Prof. Werther von der TU Hamburg-Harburg zur Frage, welche Antworten geben Wissenschaft und Politik auf die drängenden globalen Probleme.

Am 20.11. gründete sich der Verein „Wissenschaftsforum Hamburg“ – mit dem Ziel als gemeinnütziger Verein noch besser den offenen Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft sowie Ko-

operationen mit anderen Organisationen, wie etwa der Friedrich-Ebert-Stiftung oder dem Zukunftsrat Hamburg, umsetzen zu können. Als Auftakt veranstaltete das Wissenschaftsforum am 28.11. einen Diskussionsabend zum Thema ‚Perspektiven einer sozialen Stadt‘ mit Frau Prof. Breckner.

Unsere Vorhaben für das Jahr 2003 seien kurz umrissen: geplant sind Workshops bzw. Diskussionsveranstaltungen zu den Bereichen ‚Hochschulreform‘, ‚Handlungsethik/Verantwortung der Wissenschaft‘ sowie zum Jahresthema ‚Chemie‘.

Schwerpunkt wird allerdings die Vorbereitung und Durchführung (Ende Oktober) der ersten „Hamburger Wissen-

schaftstage“ – voraussichtlich zum Thema ‚Zukunft der Stadt – Stadt der Zukunft‘ sein.

**Kontakt:**

Antje Wolf  
SPD-Landesorganisation Hamburg  
Tel.: 040/2808 48 30  
Antje.Wolf\_LO-Hamburg@spd.de

Dr. Ulf Skirke  
Tel.: 040/5 52 32 68  
u.skirke@on-line.de

## ■ Empfehlungen zur Hochschulgesetzgebung in Bremen

### Bremen und Nordwest-Region

Angesichts der Veränderungen des Hochschul-Rahmengesetzes und der Notwendigkeit, diese Reformen schnell in das Landesrecht umzusetzen, hat das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Bremen einige Empfehlungen an die Landesregierung und das Parlament formuliert. Wir dokumentieren hier die Empfehlungen.

#### 1. Zur Struktur der akademischen Selbstverwaltung in den Hochschulen

Das Kollegiale Leitungsorgan des Fachbereiches ist das Dekanat. Die Kompetenzen und die Zusammensetzung des Dekans sind analog zum Rektorat zu gestalten. Zusammensetzung: Dekan, Studiendekan, bis zu zwei weitere Stellvertreter/innen. Der Dekan und der/die StellvertreterIn gehören der Gruppe der Hochschullehrer an, der Studiendekan kann

auch akademischer Mitarbeiter sein. Dem Studiendekan ist über die bis jetzt im Gesetz vorgesehenen Aufgaben hinaus die Zuständigkeit für die Genehmigung des Lehrprogramms einzuräumen. Die Aufgaben des Fachbereichsrats werden – analog denen des Akademischen Senats – auf die Beratung und Beschlussfassung über Grundsätze, Ordnungen bzw. Satzungen und den Haushalt beschränkt („legislatorische“ Kompetenzen).

Die Studienkommissionen haben sich insbesondere als Instrument der Einbeziehung studentischer Kompetenz in die Verbesserung der Lehrqualität sowie der verstärkten Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden in diesem Bereich bewährt und sind weiterhin verpflichtend im Gesetz vorzusehen. Sie sind als Kommission des Fachbereichsrats von diesem zu wählen. Die Zusammensetzung bleibt

unverändert. Der Fachbereichsrat kann mehrere Studienkommissionen bilden.

#### 2. Zum Bereich Langzeit-Studium und (Zwangs-)Studienberatung

Drei Gruppen von Langzeitstudierenden bzw. drei Ursachenfelder für überlange Studiendauer zeichnen sich ab, a) selbst bestimmte / zu vertretende / gewählte Verweildauer, b) vom Fachbereich verschuldete, d.h. durch (schlechte) Studienbedingungen und -organisation verursachte Verweildauer, c) auf soziale Rahmenbedingungen zurückzuführende Verweildauer.

Allenfalls hinsichtlich der ersten Gruppe erscheinen Maßnahmen mit Zwangscharakter gegen den betreffenden Personenkreis legitim. Die Maßnahmen zur Beeinflussung bzw. Steuerung der anderen beiden Ursachenfelder haben an den jeweiligen Ursachen anzusetzen.

In der zu führenden Diskussion über Maßnahmen zur Verkürzung der Studiendauer sind auch Möglichkeiten zur Veränderung der Studienbedingungen durch sog. *Studienkontenmodelle* und die Einführung eines sog. *Teilzeitstudiums* einzubeziehen. Bessere Beratung und Studienorganisation sind die wirkungsvollsten Instrumente zur Verkürzung überlanger Studienzeiten.

Die jetzt in § 63 Abs. 3 BremHG vorgesehene *Möglichkeit* der (Zwangs-)Exmatrikulation bei unentschuldigtem Fernbleiben von der nach Überschreitung der Regelstudienzeit zu absolvierenden Studienberatung (Zwangsberatung) ist ungeeignet zur Verminderung der Probleme.

### 3. Betreuung der Doktorand/inn/en

Der § 21 (Abs. 2) HRG, der die Hochschulen zu einer wissenschaftlichen Betreuung der Doktorandinnen/Doktoranden anhält, soll in das BremHG übernommen werden.

### 4. Die Juniorprofessur

Angesichts der vielfältigen Aufgaben einer Juniorprofessur (Profilierung und weitere Qualifizierung, Aufbau einer eigenen Forschungsgruppe, Lehre und Studienberatung, Einbeziehung in das Hochschulmanagement und die Selbstverwaltung) soll eine Lehrverpflichtung von 4-6 SWS (gestaffelt nach Beschäftigungsdauer) nicht überschritten werden. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass JuniorprofessorInnen auf der Grundlage ihrer

hervorragenden Promotion berufen werden (vgl. § 47 HRG), so dass ein allzu aufwendiges Verfahren häufig nicht gerechtfertigt sein wird. Das Wissenschaftsforum schließt sich der Ausführung in der Begründung zur HRG-Novelle an, dass Junior-Professoren von der Hochschulleitung ihren Ruf erhalten und ernannt werden sollen. Dafür ist die Qualifikationsüberprüfung nach drei Jahren (vgl. § 48 Abs.1 HRG) als transparentes, folgenreiches Verfahren auszugestalten. In diesem Verfahren, das durch eine eigene Ordnung geregelt werden soll, sind die Forschungsleistungen (incl. Forschungsmanagement), die Lehrleistungen (incl. Prüfungen), die Beteiligung an der Organisation des Fachs und der Hochschule sowie Weiter- bzw. Fortbildungen durch eine Kommission zu überprüfen. Bei Nichtbewährung ist in §48 Abs.1 HRG die Möglichkeit gegeben, noch ein weiteres Beschäftigungsjahr zur Findung einer beruflichen Alternative zu gewähren. Diese Regelung soll übernommen werden. Die in § 44 Abs.2 Satz 2 HRG genannten übrigen Zugangsmöglichkeiten zur Professur (wiss. MitarbeiterIn aus Hochschule oder außeruniversitärer Forschung, wiss. Tätigkeit in Wirtschaft oder Gesellschaft) sind in das Landesrecht zu übernehmen.

### 5. Zum Thema Besoldungsreform

Leistungsbezüge, die aus Berufungs- oder Bleibeverhandlungen resultieren, sollen in

der Regel befristet für fünf Jahre vergeben werden. Leistungsbezüge für besondere Leistungen (neue Regelung im Professoren-Besoldungsrecht) sollen auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags vom Rektorat für jeweils drei Jahre vergeben werden. Die Leistungsbewertung soll nicht auf Antrag sondern regelhaft alle drei Jahre vorgenommen werden. Das Rektorat kann vorgeschlagene Leistungszulagen ablehnen oder kürzen, es kann jedoch keine Leistungszulage ohne einen Vorschlag aus dem Fachbereich gewähren. Jeder Fachbereich bildet eine fünfköpfige Vorschlagskommission. Voraussetzung einer Leistungszulage ist allerdings, dass unter Würdigung *aller* für die Leistungsbewertung wichtigen Kategorien eine über dem Durchschnitt liegende Leistung konstatiert werden kann, d.h. lediglich Spitzenleistungen in einer Kategorie und unterdurchschnittliche Leistungen in den übrigen Kategorien reichen nicht aus.

### Kontakt:

Mario Käse  
mk@uni-bremen.de

oder:

SPD-Bremen – Mustafa Güngör  
Tel.: 0421/3 50 18 18  
Fax: 0421/37 59 55  
mustafa.guengoer@spd.de

## ■ Ein arbeits- und erfolgreiches Jahr 2002: Wissenschaftsforum Hannover hält Rückschau

### Hannover

Weiterhin steigende Mitgliederzahlen, zahlreiche Veranstaltungen und anhaltender Zuspruch: Wir können zum Jahresende 2002 eine rundum positive Bilanz ziehen.

Mit einer Veranstaltung im Niedersächsischen Landtag zum neuen Hochschulrahmengesetz und der Dienstrechtsreform begann das hannoversche Wissenschaftsforum Ende des Wintersemesters den Veranstaltungsreigen 2002.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Eckardt referierte zu dem aktuellen Thema und stellte sich einer kritischen, intensiven Diskussion.

Der ganztägige Hochschultag, schon der zweite, diesmal an der Universität Göttingen, stand im Zentrum der Aktivität

ten im Sommersemester. „Bildung ist Zukunft“ hieß das Motto der gemeinsam

mit DGB- und SPD-Bezirk sowie dem Kooperationsforum Hochschulen und



Impressionen vom Hochschultag: Prof. Dr. Rolf Hüper; Blick ins Foyer

Gewerkschaften in Göttingen durchgeführten Veranstaltung.

Im Vormittagsplenum diskutierte man zunächst zum Thema „Neue Bildungsoffensive – Studienfinanzierung und soziale Lage der Studierenden.“ Auf dem Podium waren dazu vertreten Iris Determann, Mitglied des BAföG-Beirats der Bundesregierung / Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen, Andrea Hoops, stellv. Generalsekretärin des Deutschen Studentenwerks, Thomas Oppermann, Niedersächsischer Wissenschaftsminister und Sebastian Wertmüller, DGB-Region Südniedersachsen/Harz.

Nachmittags stand dann das Thema „Internationale Politik nach dem 11. September 2001 – Herausforderung für Wissenschaft und Gesellschaft“ auf dem Programm. Auf dem Podium diskutierten dazu Dr. Thomas Held, Geschäftsführer der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), Osnabrück, Prof. Dr. Peter Lösche, Universität Göttingen, Seminar für Politikwissenschaft und Inge Wettig-Danielmeier, MdB, Mitglied des auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Begleitet wurde dieser Hochschultag wieder von einem Markt der Möglichkeiten im Mensabereich der Universität Göttingen, bei dem die Veranstalter und weitere bildungs- und wissenschaftspolitische Institutionen mit Gesprächsangeboten und Informationsmaterialien vertreten waren. Die Diskussionsfreudigkeit bei der Veranstaltung selbst und ein überaus großes Medienecho zeigten, dass das Wissenschaftsforum mit diesem jährlichen Hochschultag auf dem richtigen Wege ist.

Das hannoversche Wissenschaftsforum war Mitveranstalter bei einer ganztägigen Fachveranstaltung zum Thema „Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe“ Mitte Juni 2002 in der Universität Göttingen. Dr. Frank Mussmann vom Netz-

werk der Kooperationsstellen Hochschulen und Gewerkschaften Niedersachsen-Bremen als Initiator der Tagung bezeichnete Niveau, Verlauf, Teilnahme und Ergebnisse dieses Beitrags zur arbeitspolitischen und arbeitswissenschaftlichen Diskussion um die Zukunft der Arbeitsgestaltung zurecht als außerordentlich positiv.

Die Sitzgelegenheiten im Veranstaltungsraum reichten nicht aus, so stark war der Andrang, als Dr. Erhard Eppler am 13. September in Hannover zu dem Thema referierte: „Nachhaltigkeit als Aufgabe der Politik – Globale Herausforderungen und bürgernahes Handeln.“ Seine Aussagen diskutierten im Anschluss an den Vortrag zunächst auf dem Podium Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, der umweltpolitische Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion Manfred Müller und der Europaabgeordnete Bernd Lange. Aus dem Publikum wurden dann Erhard Epplers Aussagen mit ihm und den Podiumsteilnehmern noch bis in den späten Abend hinein engagiert und kritisch diskutiert.

„Ausländische Studierende – Willkommen Gäste an unseren Hochschulen?!“ lautete das Thema einer Podiumsdiskussion Anfang November in der Universität Hannover. Burghardt Dierker-Ochs, Vorstandsmitglied des hannoverschen Wissenschaftsforums, hatte die Veranstaltung vorbereitet und Vertreterinnen und Vertreter des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums, der Hochschulen, des Studentenwerks und der Landeshauptstadt Hannover sowie des Hochschul-Information-Systems (HIS) als Podiumsdiskutanten gewinnen können. Neben positiven Einschätzungen gab es auch kritische Stellungnahmen, nicht zuletzt vom studentischen Vertreter, der angesichts drastisch steigender Zahlen ausländischer Studierender in Niedersachsen

vor allem mehr Problemverständnis und Unterstützung einklagte.

Abgeschlossen wurde der Reigen der Veranstaltungen des Wissenschaftsforums Hannover Ende des Jahres 2002 dort, wo sie im Januar begonnen hatte. In einer Veranstaltung im Niedersächsischen Landtag informierte das Wissenschaftsforum Mitte Dezember gemeinsam mit dem EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim über das Thema „Das 6. Forschungsrahmenprogramm der EU – Eine Herausforderung für die Wissenschaft.“ Der hannoversche SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange sprach dazu über die Europäische Forschungspolitik und das Europäische Parlament und Dr. Andre Schlochtermeier, Leiter des EU-Büros des BMBF, Bonn, stellte Inhalte und Instrumente des 6. Forschungsrahmenprogramms der EU vor.

Am 2. Februar 2003 wird in Niedersachsen der künftige Landtag für fünf Jahre gewählt. Wir setzen darauf, dass auch danach Wissenschafts- und Hochschulpolitik sowohl auf Bundesebene als auch in Niedersachsen weiterhin sozialdemokratisch bestimmt werden. Innovationsbereitschaft und Zukunftsfähigkeit haben in Deutschland keinen besseren Gestaltungsrahmen als unter sozialdemokratischer Verantwortung. Unsere Aufgabe sehen wir darin, dabei mitzuwirken und die bildungspolitische Diskussion in unserem Bereich deutlich und pointiert mitzugestalten.

#### **Kontakt:**

Prof. Dr. Rolf Hüper  
Tel.: 05 11/1624-210  
Fax: 05 11/1674-262  
rhueper@web.de

## ■ Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Hessen e.V. Erfahrungsbericht der ersten zwei Jahre

### **Hessen**

Nach Gründung des Vereins Mitte 2000 standen zunächst organisatorisch-technische Fragen im Vordergrund. Hauptaufgabe in der Anfangszeit war es zum einen, das Wissenschaftsforum bei InteressentInnen aus allen potentiellen Bezugsbereichen von Hochschul- und Wissenschaftspolitik bekannt zu machen, um sowohl einen Interessiertenkreis und -ver-

teiler als auch einen Bestand an Mitgliedern aufzubauen.

Reaktionen zahlreicher Multiplikatoren in persönlichen Gesprächen mit Mitgliedern des Vorstandes haben gezeigt, dass das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Hessen – und insbesondere der damit verbundene Ansatz der Bemühung um eine breitere Kommunikation

ins Feld der Hochschul- und Wissenschaftspraxis – im Zielgruppenbereich positiv wahrgenommen wird.

Um mit Interessierten in Hochschul- und Wissenschaftsbereich ins Gespräch zu kommen – und damit einen Beitrag zur Entwicklung innovativer und zukunftsweisender sozialdemokratischer Konzep-

te für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich zu leisten – wurden seit Anfang 2001 diverse öffentliche Veranstaltungen organisiert, bislang zwei landesweite und mehr als zehn regional angelegte.

Die dritte große landesweite Veranstaltung findet am 10. Januar 2003 in Marburg statt und beschäftigt sich unter dem Titel „Millionen für Hochschule und Wirtschaft“ mit einer Bestandsaufnahme und konzeptioneller Weiterentwicklung zum Technologietransfer.

In den Gesprächen bei den Veranstaltungen und den Diskussionen im Beirat haben sich folgende Themenbereiche als von besonderem Interesse herauskristallisiert, die das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Hessen daher bei seinen künftigen Aktivitäten aufgrei-

fen will: Hochschulfinanzierung – selbstbestimmtes Studium, Bedeutung der Lehre: Bildungsbegriff und Schlüsselqualifikationen, Existenzgründungen und außeruniversitäre Forschung, Wirkungen und Perspektiven der Dienstrechtsreform.

In einer ganz besonderen Form war das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Hessen zudem an der Erarbeitung des Programmteils *Wissenschaft und Hochschule* für das Programm der hessischen SPD zur Landtagswahl am 2. Februar 2003 maßgeblich beteiligt, in einer zumindest in diesem Themenbereich neuen Arbeitsweise: im Frühjahr 2002 wurden an insgesamt sechs Hochschulstandorten in vom Wissenschaftsforum veranstalteten offenen Gesprächsrunden Vorschläge, Beiträge und Anregungen von interessierten

Personen zusammengetragen. Auf diesem Wege haben insgesamt ca. 150 Personen innerhalb wie außerhalb der Partei aus allen Statusgruppen der Hochschule, aber auch aus den Bereichen Wirtschaft, Arbeitnehmervertretung, Kirchen usw. an der Erarbeitung des Programmvorschlages mitgewirkt. Dass das Ergebnis dieses breiten Diskussionsprozesses dann schließlich auch weitestgehend in das Landtagswahlprogramm Eingang gefunden hat, ist – neben der breiten positiven Resonanz – eine weitere Bestätigung der Arbeit des Wissenschaftsforums in Hessen.

#### **Kontakt**

Dr. Thomas Spies  
Tel.: 0 64 21 / 1 69 90 13  
Fax: 0 64 21 / 1 69 90 18  
spies@spd-marburg.de

## ■ Turbulente Wochen ...

### **Nordrhein-Westfalen**

Die vergangenen Wochen in Nordrhein-Westfalen waren turbulent. Zunächst stand der Wechsel der hauptamtlichen Betreuung der NRW Wissenschaftsforen an, Anja Kruke, für deren hervorragende Arbeit wir ihr hier ganz herzlich danken möchten, überließ das Feld ihrer Nachfolgerin Catherine Gregori.

Kaum war dieser Wechsel vollzogen, da war durch die Neuwahl des Ministerpräsidenten Peer Steinbrück und die Kabinettsumbildung auch ein Wechsel im Wissenschaftsressort herbeigeführt. Die Nachfolge von Gabi Behler als Minis-

terin für Schule, Wissenschaft und Forschung trat die neue Wissenschafts- und Forschungsministerin Hannelore Kraft, sowie für das Schul- und Jugendministerium Ute Schäfer an.

In der NRW SPD selbst wird derzeit v.a. über das Thema Bildung diskutiert, der Bildungspolitische Kongress der NRW SPD in Düsseldorf am 30.11. hatte dazu den Auftakt zu einer breit angelegten Diskussion gebildet. Die Debatten werden in verschiedenen Arbeitskreisen, die eigenständige Veranstaltungen planen, weitergeführt und sollen am 14. Juni 2003 auf

einem bildungspolitischen Landesparteitag als Plattform auch für die in 2005 anstehenden Landtagswahlen zusammengeführt und beschlossen werden.

Wer sich in die bildungspolitische Debatte einmischen will, der kann dies im Internet unter <http://bildung.nrwspd.de> tun.

#### **Kontakt:**

Catherine Gregori, SPD-LV NRW  
Tel.: 02 11 / 13 62 23 26  
Wissenschaftsforum.nrw@spd.de

## ■ Rückblick auf ein arbeitsreiches Jahr – Strategien für eine zukunftsfähige Forschungspolitik

### **Pfalz**

Am 13. Mai 2002 fand an der Universität Kaiserslautern eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Policy meets science – Strategien für eine zukunftsfähige Forschungspolitik statt“. Das Wissenschaftsforum der pfälzischen Sozialdemokratie und der Moderator MdL Dr. Gerhard Schmidt konnten an diesem Abend nicht nur den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz Kurt Beck, sondern auch den heutigen Präsidenten der Univ. Kaiserslautern Prof. Dr. Helmut J. Schmidt, den Präsidenten der FH Kaiserslautern Prof. Dr. Richard Herbrich, Prof. Dr. Stefan Kuhlmann vom Fraun-

hofer Institut für Systemtechnik und Innovationforschung in Karlsruhe und Dr. Bernd Ebersold als Leiter der Abteilung Forschungspolitik und Aussenbeziehung der Max Planck Gesellschaft, München begrüssen.

#### **Weltkulturen auf Crashkurs? – Was tun?**

Am 28. Mai 2002 fand an der Universität Landau eine öffentliche Podiumsdiskussion, veranstaltet vom Wissenschaftsforum der pfälzischen Sozialdemokratie zum Thema „Kulturen am Scheideweg? Neue Konzepte gegen einen Konflikt der

Kulturen“ statt. Die Veranstaltung wurde von MdB Heinz Schmitt gewohnt locker und sympathisch moderiert.

TeilnehmerInnen der Diskussionen: Dr. Wolfgang-Peter Zingel, Politikwissenschaftler und Volkswirt am Südasieninstitut der Univ. Heidelberg der Historiker und Politikwissenschaftler Prof. Dr. Heinz Richter von der Univ. Mannheim, Dr. Raoul Motika, Islamwissenschaftler am Institut für Kulturen des vorderen Orient die Heidelberger Chinawissenschaftlerin Prof. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik und Dr. Hasenclever, Theologe und Politikwissenschaftler, von der

Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

### **Globalisierungsdruck: Ende der Sozialstaaten?**

Trotz brütender Hitze besuchten zahlreiche Gäste die letzte Veranstaltung des Wissenschaftsforums „Globalisierungsdruck: Ende der Sozialstaaten?“



*Doris Barnett, MdB, und  
Prof. Dr. Rürup (oben);  
Prof. Dr. Michael von Hauff (rechts)*

am 17. Juni 2002 im Ostasieninstitut der Fachhochschule für Wirtschaft. Doris Barnett führte in ihrer Eigenschaft als sachkundige und souveräne Moderatorin

des Diskussionsabends in das Thema ein und stellte die fünf Diskutanten vor. Es diskutierten: Dr. Mechthild Veil, Sozialwissenschaftlerin und Leiterin des Büros für Sozialpolitik und Geschlechterforschung in Europa, Frankfurt am Main, Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup, Lehrstuhlinhaber an der TU Darmstadt für Finanz- und Wirtschaftspolitik, sowie Mit-



glied des Sachverständigenrates der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (sog. „Fünf Weise“) und Vorsitzender des So-

zialbeirates der Bundesregierung, Prof. Dr. Dr. hc. Stefan Hradil, Lehrstuhlinhaber für Soziologie an der Univ. Mainz und langjähriger Präsident der Dt. Gesellschaft für Soziologie sowie Prof. Dr. Axel Börsch-Supan Ph.D, Direktor des universitären Mannheimer Forschungsinstituts für Ökonomie und Demographischer Wandel. Der in der Pfalz wohnende Wissenschaftler ist außerdem Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Schließlich stellte noch Prof. Dr. von Hauff, Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik II an der Univ. Kaiserslautern seine Thesen zum Veranstaltungsthema vor.

Weiterführende Informationen zu den Inhalten der Veranstaltung finden Sie unter: [www.rlpf.wissenschaftsforen.de](http://www.rlpf.wissenschaftsforen.de)

### **Kontakt:**

Steffen S. Ritter,  
c/o Regionalverband Pfalz  
Tel.: 01 70/622 43 51  
Fax: 063 21/39 38 70  
[wissenschaftsforum\\_bz-pfalz@spd.de](mailto:wissenschaftsforum_bz-pfalz@spd.de)

## ■ Das WissenschaftsForumSaar als Ideengeber für das saarländische Wissenschafts- und Hochschulsystem

### **Saarland**

Das WissenschaftsForumSaar hat seine Arbeit mit der Eröffnungsveranstaltung in Saarbrücken am 17.04.2002 aufgenommen.

Mit der Schaffung des WissenschaftsForumSaar e.V. – Forum für die Wissenschaft wurde ein dynamisches Kompetenznetzwerk ins Leben gerufen, in dem Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik zusammenkommen, um über ein wettbewerbs- und zukunfts-fähiges Wissenschafts- und Hochschulsystem auf hohem Niveau zu diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation auszuarbeiten, die den jeweiligen Entscheidungsträgern zur Umsetzung vorgeschlagen werden sollen. – Das Wissenschaftsforum arbeitet parteipolitisch neutral und parteiübergreifend.

### **Konzeption und Ziele**

**1.** Der regionale, nationale und internationale Wirtschaftswettlauf wird immer

mehr zum Bildungswettlauf. Ein Zusammenhang von Bildungsexpansion einerseits und Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit andererseits ist international offensichtlich.

Der Erfolg des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels, des schwierigen und drängenden Übergangs von der klassischen Industriegesellschaft zur Informations-, Wissens- und Lerngesellschaft, hängt zweifellos von einem hierfür richtig konzipierten und dimensionierten Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschulsystem ab.

**2.** Die saarländischen Hochschulen und die hier tätigen WissenschaftlerInnen haben in der zurückliegenden Zeit ihre Leistungsfähigkeit in Lehre und Forschung sowie ihre Fähigkeit und Bereitschaft, durch Wissens- und Technologietransfer zum Strukturwandel im Lande beizutragen, eindrucksvoll unter Beweis gestellt, obwohl insbesondere Unterfinanzierung

und Überregulierung hierfür schwierige Rahmenbedingungen schufen.

**3.** Steht schon das deutsche Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschulsystem im allgemeinen unter zunehmendem internationalen Vergleichs- und Prognosedruck, so gilt dies offensichtlich für das saarländische im speziellen noch einmal im nationalen Ländervergleich. Für den nationalen oder gar internationalen Bildungswettlauf und für den nun einsetzenden harten Wettbewerb um HochschullehrerInnen und Studierende muss das saarländische Hochschulsystem insgesamt zukunftsfähig aufgestellt und müssen seine Hochschulen konkurrenzfähig konzipiert und ausgestattet werden.

**4.** Kritische Stimmen zum saarländischen Bildungs- und Hochschulsystem aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik nehmen zu und werden lauter. Eine richtungsweisende, sachbezogene und kontinuierliche

Diskussion der vielfältigen und drängenden wissenschafts- und hochschulpolitischen Themen findet jedoch bislang kaum statt. In dieser Situation scheint die Einrichtung eines offenen „Wissenschaftsforums Saar“, sowohl als Kompetenznetzwerk als auch als Diskussionsplattform außerordentlich sinnvoll und angezeigt.

**5.** Das „Wissenschaftsforum Saar“ soll sich ausdrücklich als eine parteiübergreifende und „staatsferne“ Aktivität verstehen.

**6.** Ziel dieses „Wissenschaftsforums Saar“ soll es sein:

- Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik über ein Kompetenznetzwerk in eine kritisch-konstruktive Diskussion um ein wettbewerbs- und zukunftsfähiges saarländisches Wissenschafts- und Hochschulsystem einzubeziehen und

- Interessenten aus allen gesellschaftlichen Bereichen eine Diskussionsplattform zu bieten, auf der ein offener Informationsaustausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu wissenschafts- und hochschulpolitischen Themen erfolgen kann.
- Die Leistungen der Hochschulen und ihren Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Landes und der Region in der Öffentlichkeit noch deutlicher zu machen und ihren Rückhalt bei den Bürgerinnen und Bürgern zu stärken.

Hierzu sollen regelmäßig öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit namhaften Experten durchgeführt, einschlägige Aktivitäten und Publikationen gefördert und eine internetbasierte Informations- und Kommunikationsplattform bereitgestellt werden.

#### **Kontakt:**

Dr. Rüdiger Pernice,  
WissenschaftsForumSaar –  
Forum für Wissenschaft  
Geibelstr. 6  
66121 Saarbrücken  
www.wissenschaftsforum-saar.de  
ruediger@pernice.de

## ■ Belebung des wissenschaftspolitischen Diskurses

### **Sachsen und Sachsen-Anhalt**

Das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Sachsen und Sachsen-Anhalt ist mit Unterstützung durch die beiden SPD-Landesvorstände im Januar 2002 gegründet und inzwischen im Vereinsregister eingetragen worden. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, den wissenschaftspolitischen Diskurs in beiden Bundesländern zu beleben, die öffentliche Wahrnehmung von Wissenschaft und Forschung in unserer Region zu unterstützen und Sichtweisen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in die Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik einzubringen. Eine erste Veranstaltung unter Mitwirkung von Bundesministerin Edelgard Bulmahn zum Thema „Innovation durch Bildung und Forschung“ in Magdeburg mit 120 Teilnehmern war ein großer Erfolg.

#### **Unsere Ziele für 2003**

Der Vereinsvorstand hat für das Jahr 2003 zwei Ziele formuliert. Zum einen soll durch persönliches Ansprechen von

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden die personelle Basis des Vereins gestärkt werden, um in möglichst vielen Einrichtungen Partner für regionale Aktivitäten zu haben.

Dies korrespondiert mit unserem zweiten Ziel, neben zwei größeren Veranstaltungen zu übergreifenden europä- und bundespolitischen Themen (wie etwa zum europäischen Hochschulraum, zur Wechselbeziehung von Hochschulautonomie und staatlicher Steuerung, zum Qualitätsmanagement oder aber auch zum gesellschaftlichen Aufwand für Wissenschaft und Forschung und dessen Strukturierung) an einigen Standorten beginnend Diskussionsprozesse mit auch regionalem Bezug anzustoßen.

Bei der Themenauswahl wollen wir darauf achten, dass sich auch jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende angesprochen fühlen. Auf einer Mitgliederversammlung im Februar soll die Arbeitsplanung des Vereins präzisiert werden.



*Wolfgang Eichler,  
Vorsitzender*

#### **Kontakt:**

Wolfgang Eichler  
SPD-Landesgeschäftsstelle  
Sachsen-Anhalt  
Bürgelstr. 1  
39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91 / 5 36 56-0  
eichler.wolfgang@t-online.de

## ■ Diskussion

Der nachfolgende Beitrag wurde von Dr. Volker Stoeven, Frankfurt, als Diskussionsbeitrag auf den Artikel von Klaus Klemm in den letzten Wissenschaftsnotizen verfasst. Dr. Volker Stoeven ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaften der Selbständigen in Frankfurt/Main.

### Herausforderungen und Perspektiven des deutschen Bildungssystems – notwendige Ergänzungen zum Beitrag von Klaus Klemm

**Dr. Volker Stoeven**

Nicht erst seit den Ergebnissen der Pisa-Studie werden Anstrengungen zu mehr Bildung in Zeiten der Informationsgesellschaft gefordert. Wie die genannte Studie aber offen legte, blieben die erhofften Wirkungen aus, obwohl Bildung als die maßgebliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Lebensgestaltung von niemandem in Frage gestellt wird. Geklagt wird aber über verbreitete Lustlosigkeit bis hin zu „burn-out“-Syndromen bei Schülern, Eltern und Lehrern. Dabei steht heute ein breites Fachwissen zur Verfügung, das im Vergleich zu früheren Jahrzehnten erheblich leichter und zeitersparender abrufbar ist. Trotzdem erscheint der Wille, diese Angebote konstruktiv zu nutzen, nicht allgemein verbreitet. Die Folgen dieser Unwilligkeit sind an den Ergebnissen der Pisa-Studie deutlich ablesbar; besonders fallen die Unterschiede im Leistungsstandard auf, je nach sozialer Herkunft der Eltern.

#### **Die Verwandlung der ökonomischen Elite**

Dem analytischen Ansatz von Klemm ist ausdrücklich zuzustimmen, dass zunächst die Merkmale des Wirtschaftslebens analysiert werden müssen; danach können Perspektiven für eine adäquate Bildungssystem bestimmt werden. Bei dieser Analyse unterschlägt er, wie viele andere Autoren, ein entscheidendes Faktum; um es auf eine griffige Formel zu bringen, die Verwandlung der ökonomischen Elite von „Patriarchen“ zu „global playern“.

Schon die Bezeichnung ist verräterisch; im Klartext heißt dies nach den Aussagen der Vertreter dieser Strategie, dass sie lediglich dem (meist kurzfristigen) Interesse ihrer Unternehmen verpflichtet sind. Oberstes strategisches Ziel ist dabei die Marktführerschaft bei minimalen Kosten und Risiken. Auf Einzelheiten ist in diesem Zusammenhang nicht einzugehen, die Erfahrung macht aber deutlich, dass diese Strategie des „jeder muss sehen, wo

er bleibt“ in einer vernetzten Ökonomie sich in allen Branchen bis zu den Kleinbetrieben fortsetzt.

Unter diesem Druck geraten viele Beschäftigte in materielle Schwierigkeiten, als erste die Minderqualifizierten, auch diejenigen, deren Tätigkeit nicht ins Ausland verlegt werden kann. Die fortgesetzte Diskussion über den Niedriglohsektor und dessen möglichen Subventionierung macht die Brisanz des Problems deutlich. Aber auch bei den qualifizierten Mitarbeitern ist man gegen den sozialen Abstieg nicht gefeit.

Die neuen Märkte erwiesen sich bei weiten nicht so beschäftigungsintensiv, wie dies vollmundig prognostiziert wurde. Freisetzung aufgrund der sog. Synergieeffekte gehörte in den letzten Jahren zu den ständigen Erfahrungen, ebenso wie Entlassungen aufgrund zu geringer Renditen. Dass dabei vielfach die Leistungsfähigkeit der Unternehmen beschädigt wird, wird dabei bewusst in Kauf genommen, was sich mittel- und langfristige als erhebliches Entwicklungshemmnis erweisen wird.

Nicht zu vergessen ist die Vielzahl von Pleiten und stillen Auflösungen während der letzten Jahre vorwiegend beim Mittelstand. Nicht zu übersehen ist auch, dass unter diesem Kostendruck eine nicht unerhebliche Zahl von Betrieben am Rand der Legalität arbeiten.

#### **Betriebliche Aus- und Weiterbildung wird zum Kostenfaktor**

Nicht nur dass unter solchen Gegebenheiten mittel- und langfristige Beschäftigungsperspektiven verbaut werden, unter diesem Blickwinkel gerät die betriebliche Aus- und Weiterbildung schnell zum überflüssigen Kostenfaktor. Damit wird eines der Erfolgsrezepte der bundesrepublikanischen Wirtschaft, die Verknüpfung von technologischer und kundenadäquater Qualifikation aufgegeben. Gerade die Vermittlung dessen, „was der Markt

verlangt“, wurde über das duale System in der Lehrlingsausbildung hinaus in allen Berufssparten praktiziert. Dies von den institutionellen Ausbildungsstätten zu fordern, ist schon aus Gründen unzureichender Marktkenntnisse schlicht unangemessen.

Anzufügen bleibt, dass die vielfach propagierten Existenzgründungen in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit schnell wieder vom Markt verschwinden. Es ist schlicht unrealistisch, die notwendigerweise unzureichende unternehmerische Qualifikation der Inhaber von start-ups durch institutionelle Beratung ausgleichen zu wollen.

Mit der Strategie der Kostenminimierung folgte auf dem Fuß die Forderung nach dem „schlanken Staat“. Auswirkungen auf die Bildungsreinrichtung können nicht ausbleiben; so stehen z.B. als notwendig erkannte Maßnahmen, wie Reduzierung des Unterrichtsausfalls, sprachliche Förderung oder Ganztagschulen ständig unter Finanzierungsvorbehalt, von mangelhaften Einrichtungen gar nicht zu reden.

So entwickelte sich die berufliche Aus- und Weiterbildung zum Tummelplatz der Schuldzuweisungen zwischen Bildungsinstitutionen, Politik und Wirtschaft. Und den Berufseinsteigern bleibt nicht mehr als die Hoffnung, dass er oder sie bei Beginn der Karriere über die nachgefragte Qualifikation verfügt. Aber auch dann können sie nicht sicher sein, dass dies in eine kontinuierliche Erwerbsbiographie mündet.

Vielen Berufseinsteigern wird schnell klar, dass sie keine zukunftsweisende Ausbildung erhalten, und sie damit zum ständig austauschbaren Objekt werden. Wenn aber im Verständnis vieler Menschen die berufliche Aus- und Weiterbildung keine halbwegs gesicherte Beschäftigungsperspektive bietet, können als Reaktion fehlende Motivation und mangelndes Engagement nicht ausbleiben, worüber nicht nur Bildungseinrichtungen klagen.

### **Ausgrenzung von ökonomischen und politischen Entscheidungen**

Damit ist eine Entwicklung angesprochen, die gerade zum Thema Bildung nicht unterschlagen werden darf, und zwar das Gefühl der Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung von ökonomischen und politischen Entscheidungen. Dabei ist letztendlich unerheblich, ob dies einem historischen Vergleich stand hält.

Weitgehend akzeptiert ist aber die These, dass in Zeiten der Globalisierung unkoordinierte und seitens der Volksvertreter kaum gestaltbare Entwicklungen ablaufen. Erfolgreich wären dabei nur jene Gesellschaften, welche den Unternehmen die niedrigsten Belastungen abverlangten. Damit reduziert sich die Vorstellung von der Prosperität einer Gesellschaft auf Kriterien des sog. bench marking, was nicht ohne Folgen für das Selbstverständnis der Bürger bleiben kann.

Wenn Menschen nur noch zu Kostenfaktoren im Arbeitsleben oder bei den Sozialsystemen deklariert werden, kann nicht ausbleiben, dass viele sich entsprechend verhalten. Und die politischen Mandatsträger haben diese Tendenz zur Passivität, man darf unterstellen unbeabsichtigt, noch verstärkt. Ständig wird in Wahlkämpfen versprochen, dass man sich den Herausforderungen der Globalisierung stellen wird und über die entsprechende Problemlösungskompetenz

verfügt. Dass bei den nicht zu übersehenden Verwerfungen sowohl die ökonomische wie auch die politische Elite immer mehr an Glaubwürdigkeit einbüßt, ist nur folgerichtig.

### **Beteiligung bei der Suche nach Lösungen**

Gerade auch im Hinblick auf eine prosperierende Ökonomie muss heute daran erinnert werden, dass trotz höchster Arbeitskosten Deutschland zu den größten Exportnationen zählt. Dazu haben nicht nur Vorstandsvorsitzende beigetragen, sondern auch Mitarbeiter, Zulieferanten, Dienstleister, nicht zu vergessen die oft geschmähten öffentlichen Institutionen. Für eine erfolgreiche Tätigkeit benötigen die Beschäftigten nicht nur ihre übliche berufliche Ausbildung, nötig sind auch das Wissen über andere Lebensverhältnisse, Vorlieben, kulturelle Traditionen und Sprachkenntnisse.

Anzufügen bleibt, dass zum Wirtschaftswachstum der Binnenmarkt erheblich beiträgt. Der private Verbrauch hierzulande macht immerhin 50% des Bruttosozialprodukts aus.

Für eine prosperierende Gesellschaft sind weiterhin notwendig eine funktionsfähige Infrastruktur, ein geordnetes Rechtssystem, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, lebenswerte Umweltbedingungen einschließlich einer, von der Mehrheit der

Menschen akzeptierten, sozialen Balance. Da dies keine statischen Tatbestände sind, werden die Bürger ständig gefordert sein, nach Lösungsmöglichkeiten und tragfähigen Kompromissen zu suchen. Dies alles erfordert von den Menschen ein weit umfassenderes Maß an Bildung, als dies die „Ruck-durch-Deutschland-Parolen“ vorgeben.

Eigentlich sind dies Selbstverständlichkeiten, in den vergangenen Jahren wurde dies aber überlagert von Auseinandersetzungen über Partikularinteressen. Es bleibt aber dabei, in einer fortschrittlichen Gesellschaft werden die maßgeblichen Probleme von uns mit den Bürgern gelöst. Gerade wenn es darauf ankommt, Fortschritte zu erzielen in punkto Generationengerechtigkeit, demokratische Wirtschaftsordnung, interkulturelle Zusammenarbeit und nicht zuletzt bei der Bildungsreform ist die Mitarbeit eines großen Teils der Bürger eine wesentliche Voraussetzung. Nicht das „Schwarze-Peter-Prinzip“, sondern das Mittun vieler Bürger wird für uns Sozialdemokraten die maßgebliche Herausforderung sein, erst mit der Überzeugung des „Gebraucht-Werdens“ der Bürger wird sich eine erfolgreiche Bildungspolitik realisieren lassen.

## Ein gutes neues Jahr.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern der Wissenschaftsnotizen ein gutes, erfolgreiches und gesundes neues Jahr.

Auf dass alle Wünsche und guten Vorsätze auch in Erfüllung gehen.

Ihre Wissenschaftsnotizen

**Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt.**  
**G 8879**

SPD-Parteivorstand · Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie  
Willy-Brandt-Haus · D-10911 Berlin

Nr. 20 · Januar 2003 · ISSN 09 40-323 X

Bei Unzustellbarkeit wegen Adressenänderung erfolgt  
die Rücksendung an den Herausgeber unter Angabe  
der geänderten Empfangsanschrift

